

Auch

der Heimatbegriff ist im
Arsch. **28**

Deine

Meinungsfreiheit wird eingeschränkt.
Zur digitalen Ausweispflicht. **22**

Stimme

über deine Zukunft ab, alles über die
ÖH-Wahl **6-8**

Zählt

1 x Schmusen? Zur Polygamie, hier
lang: **16**

Schnitzzelland wählt.

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z031545M | EURO,73



Die ÖH spricht mit deiner Stimme



Lass sie zählen!

ÖH Wahl 27.–29. Mai 2019

#voteitoutloud #oeh19 wahl2019.oeh.ac.at

 /bundesoeH  /bundesoeH  @BundesOeh

04 BABA UND FOI NED... INS WAHLLOKAL!

Das scheidende Vorsitzteam erklärt noch einmal das Wahlsystem und erzählt von zwei Jahren ÖH-Exekutive.

DOSSIER

06 ÖH-WAHLKABINE

Alle Fragen, alle Antworten zur ÖH-Wahl. Deine Wahlhilfe.

08 ÖH-WAHLINFO

Wen, wer, wo, was und wie wählen. Alle Infos zum Wahlvorgang findest du hier.

BILDUNG

10 MACRON UND DIE ZWEI-KLASSEN-HOCHSCHULE

Welche Tücken bringt die europaweite Vereinheitlichung von Studiengängen und -abschlüssen.

12 SERVICE, DAS HILFT.

Die ÖH ist nicht nur politische Ansprechpartnerin, sondern bietet auch Service. Unter anderem mischen wir uns auch juristisch ein und helfen Studierenden, wenn sie unfair behandelt werden.

Wissenschaft und Politik

14 VON EINSTIGER BLÜTE: DIE BLUME AUS DEM GEMEINDEBAU

Seit 100 Jahren spricht man vom Roten Wien – doch was wurde aus den Gemeindebauten jener Zeit und warum sind sie so aktuell?

16 „DIE KARTOFFEL UNTER DEN BEZIEHUNGSMODELLEN“

Trennung, Liebe, Partner_innenschaft – und das alles noch zu dritt, zu viert, zu fünft? Wie 2019 geliebt wird.

18 DIE RECHTE UND DIE FRAUENMORDE

Die Geschichte eine Instrumentalisierung

20 DAS KLIMAVOLKSBEGEHREN

Forderungen, Ausgangsposition und Chancen der jungen Bewegung.

22 AUSWEISPFLICHT IM INTERNET

Die Regierung plant Verschärfungen in der Überwachung – epicenter.works klärt über die Folgen auf.

Feuilleton

24 WAS GEHT IN DER UKRAINE?

Wolodymyr Selenksi gewann die Stichwahlen. Mit Abstand. Eine Einschätzung.

28 „HEIMAT IST DA, WO MAN SICH ERHÄNGT“

Ein Bericht über die vielzitierte Heimat und warum sich Linke nicht darauf beziehen sollten.

30 REZENSIONEN

Über eine Streitschrift für die Anerkennung einer „radikalen Vielfalt“, einen Schweizer, der die Welt erklärt und rechtswählende Proletarier_innen.

31 DIE ÖH IST MIR EIN RÄTSEL

DOSSIER: Iris Strasser

BILDUNG: Veronika Lambertucci

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Richard Klippfeld

FEUILLETON: Sarah Langoth

Impressum

Ausgabe: 02/2019

Auflage: 60.000

Erscheinungsmonat: Mai

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Daniel Colin-Hernandez, Paul Pumsenberger und Karin Stanger

Autor_innen dieser Ausgabe: Florian Bayer, Sebastian Berger, Johannes Greß, Sebastian Höft, David Lohninger, Vincent Perle, Katharina Roggenhofer, Nathalie Schäfer, Julia Spacil, Iris Strasser, Elena Zeh.

Cover: Sarah Langoth

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Editorial

Endlich wieder wählen!

Was? Schon wieder zwei Jahre vorbei? Das heißt wohl, dass auch die aktuelle Periode der ÖH vorbei ist und wieder die Zeit „fokussierter Unintelligenz“ (Michi Häupl) vor der Wahl ansteht – aber nicht mit uns!

Diese Ausgabe bereitet dich mit Statements aller kandidierenden Fraktionen (die uns geantwortet haben) auf deine Wahlentscheidung vor. Zudem findest du auf Seite 8 wer, wie, was und wann gewählt wird.

Diese verflixte siebte Ausgabe ist dann auch die letzte bevor in ein paar Monaten alles anders sein wird (oder sein kann) – deshalb wollen wir uns den Platz nehmen, uns bei allen Autor_innen, Illustrator_innen, Fotograf_innen und allen, die irgendwie mal in den letzten beiden Jahren etwas für unser Magazin getan haben, zu bedanken: Ihr seid großartig!

In dieser Ausgabe gibt's aber nochmal das volle Programm: Liebe, Heimat, Politik, Wohnen, der Klimawandel – alles dabei. So findest du auf Seite 14 einen Bericht über das Rote Wien, besonders über die Aktualität der damaligen Wohnpolitik. Dass sich die aktuelle Regierung jedoch lieber mit Symbolpolitik beschäftigt, kannst du auf Seite 22 nachlesen: dort beschreibt die NGO epicenter.works, warum du kein_e Freund_in der geplanten Klarnamenpflicht werden solltest.

Dann bleibt uns nur mehr zu sagen: Nicht vergessen wählen zu gehen.

- EU-Wahl: 26. Mai
 ÖH-Wahl: 27. - 29. Mai.

Deine progress – Redaktion

PS: Du hast Lust zu schreiben, zu fotografieren oder zu zeichnen? Dann schreib uns progress@oeh.ac.at



Liebe Kolleg_innen,

es ist wieder so weit: Die Wahlen zur Österreichischen Hochschüler_innenschaft stehen vor der Tür, und ihr habt die Möglichkeit zu entscheiden, wer euch die nächsten zwei Jahre gegenüber Lehrenden, Hochschulleitungen und der Regierung vertritt.

In dieser Ausgabe wollen wir euch die zur Wahl stehenden Fraktionen und Kandidat_innen vorstellen und alle nötigen Informationen rund um den Ablauf der Wahl zur Verfügung stellen. Am wichtigsten ist, dass du dein Wahlrecht und deine Stimme nutzt.

Die letzten zwei Jahre auf der ÖH Bundesvertretung waren für uns alle eine aufregende Zeit, in der sich auch hochschulpolitisch viel getan hat. Gleich zu Beginn der Periode konnten wir einen großartigen Erfolg feiern: Mit der Erhöhung der Studienbeihilfe wurde eine langjährige Forderung der ÖH endlich umgesetzt. Außerdem wurde der Kreis der Bezieher_innen maßgeblich ausgeweitet.

ÖH UNTER SCHWARZ-BLAU. Wir haben aber auch eine neue Bundesregierung bekommen, die klare Reformen in ihr Regierungsprogramm geschrieben hat – und die sind nicht im Sinne von uns Studierenden: Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und eine Schwächung der ÖH – das sind Herausforderungen, die unsere Arbeit prägt und auch die unserer Nachfolger_innen noch

beschäftigen wird. Umso grandioser ist der Erfolg, dass wir gemeinsam laut gegen die Einführung von Studiengebühren protestiert haben. Dadurch haben wir schlussendlich flächendeckende Gebühren verhindern können.

BERATUNGEN HABEN SICH VERDOPPELT. Wie vielfältig unser aller Schwierigkeiten im Hochschulalltag sind zeigen unsere Beratungszahlen: In zwei Jahren sind tausende Studierende auf der ÖH-Bundesvertretung beraten worden. Die Zahlen haben sich im Vergleich zur letzten Periode verdoppelt. Unabhängig davon, ob es um Studienorientierung, Studienrecht oder Sozialpolitik geht - die steigenden Zahlen zeigen, wie wichtig die ÖH-Bundesvertretung ist, aber auch dass die Probleme der Studierenden nicht weniger werden.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Schulung und Vernetzung von Studienvertretungen und Hochschulvertretungen. Es gab so viele Schulungen und Vernetzungstreffen damit die Vertreter_innen vor Ort ihrer Aufgabe gestärkt und fundiert nachkommen können.

ÖH-WAHL 2019. Von **27. bis 29. Mai** kannst du an deiner Hochschule deine **Studienvertretung** und deine **Hochschulvertretung**, sowie deine **Bundesvertretung** wählen. Diese drei Ebenen

vertreten dich in deiner Studienrichtung, gegenüber deiner Hochschule und - die Bundesvertretung - gegenüber dem Ministerium und der Bundesregierung. Es ist einzigartig in Österreich, dass eine Studierendenvertretung so gut und abgesichert verankert ist, viele Vertretungen in ganz Europa beneiden uns darum – denn die ÖH-Bundesvertretung wird nicht nur direkt gewählt, sie kann auch unabhängig von der Willkür der Regierung Studierendenprojekte und -initiativen fördern, Studierendenrechte vor Gericht einklagen und politisch Stellung beziehen.

LASS SIE ZÄHLEN! Das wird hoffentlich auch in Zukunft so bleiben. Angekündigt sind viele Reformen, wir werden sehen was sie bringen. Ganz bestimmt bedeuten sie aber Herausforderungen für zukünftige Vertreter_innen, egal auf welcher Ebene.

Damit die ÖH-Bundesvertretung, aber auch deine Hochschul- und deine Studienvertretung diesen Herausforderungen gestärkt entgegentreten können, musst du zur Wahl gehen!

Denn die ÖH spricht mit deiner Stimme. Lass sie zählen!

Hannah, Marita und Johanna



dossier

ÖH-WAHL

27.-29. Mai

Die ÖH spricht mit deiner Stimme

Die *Progress*-Redaktion hat alle antretenden Fraktionen befragt. Macht euch selbst ein Bild und vergesst nicht wählen zu gehen von 27.-29. Mai. (Der RFS hat bis Redaktionsschluss nicht auf unsere Fragen geantwortet.)



Die Regierung erfüllt euch drei Wünsche. Welche wären das?

Mehr Budget, höhere Beihilfen, Österreichweites Studententicket

Erhöhung des Budgets für Hochschulen auf 2% des BIP, Abschaffung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen, Einführung eines Beihilfensystems, das ein schönes Leben ermöglicht

1. Umsetzung einer Klimapolitik im Rahmen der 1,5 Grad Ziele
2. freier und sozialer Zugang zu Bildung statt soziale Selektion
3. von der Politik zurücktreten

Im vergangenen Jahr haben viele Unis neue Aufnahmeverfahren und Aufnahmetests eingeführt. Wie steht ihr zu diesen Maßnahmen?

Wir begrüßen diese Maßnahmen, weil sie mehr Qualität für die Studierenden sicherstellen. Keine Wartelisten, keine überfüllten Kurse und Hörsäle mehr.

Wir stehen für einen offenen Hochschulzugang, d.h., dass niemand durch Aufnahmetests oder teure Vorbereitungskurse von einem Studium abgehalten werden soll.

Die GRAS steht für ein freies Studium für alle. Es muss einen fairen und sozialen Zugang zu Bildung geben und keine soziale Selektion.

Wie steht ihr zu Studiengebühren?

Lehnen wir grundsätzlich ab.

Studieren muss für alle möglich und damit auch unabhängig von der finanziellen Situation machbar sein. Deswegen sind wir ganz klar gegen Studiengebühren.

Studiengebühren stellen eine enorme Hürde dar und wirken stark sozial selektiv. Studieren muss allen möglich sein. Die GRAS fordert daher ein freies Studium für alle.

Empfindet ihr das derzeitige Beihilfensystem (Familienbeihilfe, Studienbeihilfe,..) für ausreichend? Was würdet ihr verändern?

Die Beihilfen sollen erhöht und an die Inflation angepasst werden. Die Familienbeihilfe soll bis zum 27. Geburtstag ausgezahlt werden.

Definitiv nicht ausreichend. Es braucht eine Erhöhung der Beihilfen, eine Ausweitung der Toleranzsemester und eine Abschaffung der Altersgrenzen.

Uns ist es wichtig, dass Studierende selbstbestimmt studieren können. Um das zu gewährleisten braucht es finanzielle Unabhängigkeit. Die GRAS fordert ein Grundstipendium für alle.

Ist ein durchschnittliches Studium in Mindeststudienzeit abschließbar? Wenn nicht, was sind eurer Meinung nach die Gründe und was kann man verbessern?

Mit dem Zugangsmanagement haben wir bereits einen ersten wichtigen Schritt gesetzt, um die tatsächliche Studiendauer zu verkürzen.

Probleme: z.B. Voraussetzungsketten, starre Curricula & Arbeit neben dem Studium. Lösungen: soziale Absicherung, flexibles LV-Angebot & Ausbau der Digitalisierung

Probleme: Betreuungspflichten, Arbeit, Vorraussetzungsketten
Verbesserung: Grundstipendium für alle für finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit, mehr Toleranzsemester

Wie steht ihr zur Einschränkung der ÖH, wie sie im Regierungsprogramm festgehalten ist? Sollte sich die ÖH außerhalb der Hochschule politisch engagieren?

Wir finden, die gesetzliche Vertretung der Studierenden sollte alle Studierenden vertreten, nicht nur eine ideologische Minderheit.

Ja. Studierende und Hochschulen sind ein Teil der Gesellschaft. Als ÖH ist es auch wichtig, sich für Themen wie leistbares Wohnen & gute Sozialpolitik einzusetzen.

Ja. Leben, studieren und arbeiten sind ineinander greifende Lebensbereiche. Studierende sind Teil dieser Gesellschaft und somit sind ihre Probleme auch gesamtgesellschaftliche Probleme.

Fridays For Future: Wie steht ihr zu dieser Bewegung?

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Um die Ziele zu erreichen, braucht es mehr als nur Demos. Wer fordert, muss auch handeln.

Es ist toll zu sehen, wie viel junge Menschen gemeinsam bewegen können! Die Klimafrage ist eine soziale Frage und Fridays for Future eine ungemein wichtige Bewegung!

FFF ist extrem wichtig. Klimakrise ist schon lange kein Fremdwort mehr und die Folgen davon sind bereits deutlich spürbar. Die GRAS setzt sich für die Umsetzung einer grünen Uni ein.

Wie steht ihr zu SchwarzBlau?

Wie mit jeder Regierung davor, bemühen wir uns auch mit der türkis-blauen um eine gute Verhandlungsbasis. Wir arbeiten mit allen, die bereit sind unser Programm mitzutragen.

Wir stehen immer auf der Seite der Studierenden. Mit Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und weniger Sozialleistungen zeigen sie uns, dass sie das nicht tun.

Schwarz-Blau steht für Diskriminierung, Einschränkung von Studierenden, Sozialabbau und ein rückschrittliches Weltbild. All das lässt sich nicht mit unseren politischen Werten vereinbaren.

...nme – Nur welche soll es sein?



<p>– Ausfinanzierung der Hochschulen – Starkes Studienrecht für Studierende und alle Hochschultypen – Wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage bildungspolitischer Entscheidungen</p>	<p>Ausfinanzierte Hochschulen mit nachgelagerten Studiengebühren, faire Zugangsbeschränkungen mit studentischer Mitbestimmung und Weltoffenheit an unseren Hochschulen.</p>	<p>Von dieser rechts-rechtsextremen Regierung erwarten wir uns nichts, sondern wollen sie politisch bekämpfen. Unser einziger Wunsch ist also, dass sie sich auflöst.</p>	<p>Freibier Einen 2. Donnerstag pro Woche Nochmal drei Wünsche.</p>	<p>Rückkehr zum Diplomstudium und eine Abkehr vom Bologna-System Rücknahme des UG 2002 und eine Demokratisierung der Hochschulen Schaffung von günstigen Wohnungen für Studierende</p>
<p>Wir stehen für einen freien, offenen Hochschulzugang, und gegen jegliche weitere Aufnahmeverfahren.</p>	<p>In einigen überlaufenen Studiengängen sind solche Verfahren unvermeidbar. Wir fordern aber faire, mehrstufige Verfahren mit studentischer Beteiligung.</p>	<p>Die Erfahrung zeigt, dass die Tests nichts verbessern, sondern Studierende aussortieren, die es schwerer haben, z.B. aufgrund sozialer Herkunft oder Behinderung</p>	<p>Jedem angehenden Studierenden soll der sprechende Hut aufgesetzt werden, da dieser ohnehin am besten weiß, was für jeden/jede der richtige Studiengang ist.</p>	<p>Aufnahmeverfahren sind sozial selektiv und nur eine Symptombehandlung des eigentlichen Problems. Mehr Raum und Personal würden einen besseren Lösungsansatz darstellen.</p>
<p>Wir sind gegen jegliche finanziellen Hindernisse in und vor dem Studium, seien es Studiengebühren, Kautionen oder Aufnahmegebühren.</p>	<p>Wir fordern sozial gerechte nachgelagerte Studiengebühren, die Studierende nicht während des Studiums belasten und direkt in deine Hochschule fließen.</p>	<p>Unser Ziel ist offene und freie Bildung für alle. Studiengebühren stehen dazu im krassen Gegensatz. Die neoliberale Idee von nachgelagerten Gebühren lehnen wir ab.</p>	<p>Maximal sechs fünfzig, ohne scharf, zum Mitnehmen.</p>	<p>Studiengebühren lehnen wir ab. Studierende sind bereits ohne diese finanziell unter Druck. Berufstätige müssten dadurch mehr arbeiten und schließen ihr Studium später ab.</p>
<p>Wir fordern ein vereinheitlichtes, faires Stipendienystem, damit jedem Studi, unabhängig von der sozialen Ausgangslage, Studieren ermöglicht werden kann.</p>	<p>Wir JUNOS haben ein eigenes Beihilfenmodell entwickelt, das alle Beihilfen integriert, den Bezieher_innenkreis erweitert und den maximalen Betrag erhöht.</p>	<p>Damit die Uni offener für alle wird, sollten sowohl die Höhe der Beihilfen, als auch die Gehaltsgrenzen der Eltern zur Berechnung der Studienbeihilfe an Inflation und steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden.</p>	<p>„In meinem Schweini ist zu wenig Geldi.“ (Ralph Wiggum)</p>	<p>Viele sind nur bis zu einem gewissen Alter beziehbar, und allein durch die Beihilfen kommt man nicht über die Runden. Wir würden die Familienbeihilfe bis 30 beziehbar machen und erhöhen.</p>
<p>Eine österreichweite Curriculareform unter dem Aspekt der Studierbarkeit ist dringend nötig, da in vielen Fächern, ein Studium in Mindestzeit utopisch ist.</p>	<p>In vielen Studiengängen ist die Mindeststudienzeit eine Illusion, denn sie sind völlig überrannt. Die Lösungen sind Ausfinanzierung und digitale Flexibilisierung!</p>	<p>Wie lang man braucht um zu studieren ist von Person zu Person unterschiedlich und allen sollte es möglich sein die ihnen angemessene Zeit in Anspruch zu nehmen.</p>	<p>Qualitativ hochwertige Lehrinhalte sind wichtiger als Mindeststudienzeit. Es ist schwer möglich, die Studienzeit eines technischen Studienganges mit beispielsweise der eines wirtschaftlichen zu vergleichen, da einem dort die ECTS-Punkte oftmals hinterhergeworfen werden.</p>	<p>Für viele mit einem Nebenjob ist es nicht möglich. Ein echtes Beihilfensystem und günstiger Wohnraum könnte den Druck abschwächen und man könnte sich mehr aufs Studium konzentrieren.</p>
<p>Eine Einschränkung der ÖH ist nicht notwendig, da wir bereits der Aufsicht der Regierung unterliegen und wir stehen zur Beibehaltung des allgemeinpolitischen Mandats.</p>	<p>Wir stehen klar zur ÖH als starke Interessenvertretung der Studierenden. Dafür muss sie sich aber ausschließlich für die Interessen der Studierenden einsetzen.</p>	<p>Die Repressionen kommen wenig überraschend, aber es gilt sich zu wehren. Wir stehen weiter für die exzessive Überschreitung des allgemeinpolitischen Mandats!</p>	<p>Die ÖH darf auch gerne im Garten verstecken spielen.</p>	<p>Selbstverständlich! Die ÖH hat sowohl zu politischen Themen Stellung zu beziehen, als auch Service zu leisten. Diese beiden Aspekte der ÖH gehen Hand in Hand.</p>
<p>Wir unterstützen es, wenn sich gerade junge Menschen engagieren. Das Klima geht uns alle etwas an, auch uns Studierende!</p>	<p>Wir sehen unsere Aufgabe als ÖH-Fraktion nur im Hochschulbereich. Wir setzen uns aber im Rahmen der Vertretung der Studierenden für Nachhaltigkeit an den Unis ein.</p>	<p>Wir begrüßen den Aktivismus der Schüler*innen. Hatten frühere Öko-Bewegungen oft Querfrontpotential, hoffen wir hier auf eine linke & radikale Perspektive.</p>	<p>Sehr gut. Freitags nicht in die Schule zu gehen ist eine gute Vorbereitung auf das Studium, denn da macht keiner was an einem Freitag.</p>	<p>Positiv! Leider verschweigt man oft die Rolle des globalen Kapitalismus, der auf Kosten der Umwelt Profitmaximierung anstrebt.</p>
<p>Grundsätzlich kritisch und ihre Maßnahmen bzw. ihre Ansätze werden nicht zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen.</p>	<p>Die Reformen der Regierung im Hochschulsektor reichen nicht aus, um die echten Probleme zu lösen. Wir fordern echte Visionen und Weltoffenheit an den Hochschulen!</p>	<p>Diese Regierung steht für alles was wir ablehnen. Unsere Antwort heißt Widerstand!</p>	<p>Eine sehr schlechte Lidschattenkombination.</p>	<p>Die Bundesregierung ist eine aggressive Marionette der Wirtschaft und wird die hart erkämpften sozialen Errungenschaften nach und nach abschaffen.</p>

FAQ zur ÖH-Wahl 2019

27. – 29. Mai 2019

Warum?

Deine Stimme kann...

- zusammen mit den Stimmen aller Studierenden Österreichs für gute Studienbedingungen kämpfen.
- die Bedingungen für arbeitende Studierende verbessern.
- die persönliche Beratung, bei Fragen rund ums Studium, unterstützen.
- die rechtliche Vertretung für alle Studierenden verbessern.
- deine Interessensvertretung vor der Regierung und dem Rektorat stärken.

Wo und wie?

Mit Lichtbildausweis an deiner Hochschule. Oder per Briefwahl. Siehe dazu Infos weiter unten.

Wann?

Du kannst deine Stimme an den drei Wahltagen (Montag 27., Dienstag 28. und Mittwoch 29. Mai 2019) an deiner Hochschule abgeben.

Was wird gewählt?

Du bekommst drei Stimmzettel für die drei Vertretungsebenen – also Studienvertretung, Hochschulvertretung und Bundesvertretung.

BUNDESVERTRETUNG

Die Bundesvertretung vertritt die Anliegen der Studierenden gegenüber den Ministerien, der Hochschulkonferenz, der Fachhochschulkonferenz, der Rektor_innenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen, der Österreichischen Privatuniversitäten-

konferenz und der Universitätenkonferenz. Aufgabe der Bundesvertretung ist es, die Hochschulpolitik mitzugestalten.

Auch hier kannst du per Listenwahlrecht eine der kandidierenden Fraktionen bzw. Listen wählen. Diese entsenden je nach Stimmenanteil in die Bundesvertretung, das Studierenden-Parlament, welches 55 Mandatarinnen und Mandatare umfasst. Der Stimmzettel ist österreichweit einheitlich. Auch wenn du an mehreren Hochschulen studierst kannst du die Bundesvertretung nur ein Mal wählen.

Neun Listen haben sich beworben für die ÖH-Wahl 2019. Ihre Positionen findest du auf Seite 6–7.

HOCHSCHULVERTRETUNG

Die Hochschulvertretung vertritt die Anliegen der Studierenden gegenüber der öffentlichen Universität/Fachhochschule/Pädagogischen Hochschule/Privatuniversität und den Ministerien. Hier können Studierende nur eine Liste wählen und keine Einzelpersonen.

Zur Wahl treten hier verschiedene Fraktionen und Listen an, die dann je nach Wahlergebnis Mandatarinnen und Mandatare (je nach Größe der Hochschule sind das 9-27 Mandate) in die Hochschulvertretung und die diversen Gremien der Hochschule (Senat, FH Kollegium, o.ä.) entsenden.

Die Hochschulvertretung wird, je nach Wahlergebnis, von Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Liste besetzt und ist das höchste Gremium, bei dem Studierende ein Mitwirkungsrecht in der Hochschule besitzen.

STUDIENVERTRETUNG

Die Wahl zur Studienvertretung ist eine Personenwahl, d.h. es werden direkt Kandidatinnen und Kandidaten als Vertretung für eine bestimmte Studi-

enrichtung gewählt. Sie setzt sich, je nach Anzahl der Studierenden, aus 3 oder 5 Personen zusammen und ist direkte Anlaufstelle für Studierende der jeweiligen Fachrichtung.

Zusammengefasst kannst du 3 bzw. 5 Personen – je nachdem wie groß deine Studienrichtung ist – wählen. Neben der Studienvertretung können an deiner Hochschule auch Jahrgangsvvertretungen, Standortvertretungen oder Fakultätsvertretungen eingerichtet werden. Diese werden aber nicht direkt gewählt, Informationen zur Wahl dieser Ebene erhältst du bei deiner Hochschulvertretung.

Briefwahl – aber wie?

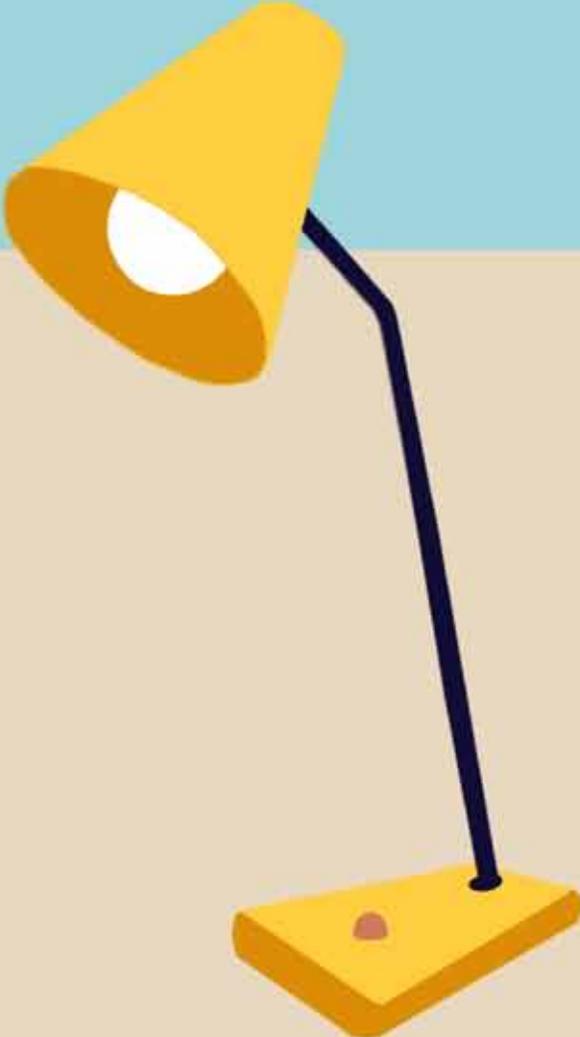
Solltest Du an den Wahltagen (27. – 29. Mai 2019) nicht an deiner Hochschule sein, um deine Stimme abzugeben, kannst du auch eine Wahlkarte beantragen und deine Stimme auf dem Postweg abgeben.

ACHTUNG! Bedenke, dass die Wahlkarte am **28. Mai bis spätestens 18.00 Uhr bei der Wahlkommission einlangen** muss, damit deine Stimme auch gültig ist. Du kannst dir deine Wahlkarte auch ins Ausland zustellen lassen. Mit der Wahlkarte kannst du NUR deine Hochschulvertretung und die Bundesvertretung wählen. Wenn du schon eine Wahlkarte beantragt hast, aber dann trotzdem persönlich wählen gehen möchtest, musst du deine Wahlkarte unbedingt zum Wahllokal mitnehmen.

Beantragen musst du deine Wahlkarte bis spätestens 20. Mai.

Alle Informationen zur ÖH-Wahl 2019 findest du auf: www.wahl2019.oeh.ac.at

BILDUNG



Macron und die zwei-Klassen-Hochschule

Eine neue Europäische Netzwerkinitiative soll den EU-Raum an die Spitze der Universitätsräume setzen. Doch die Initiative der EU-Kommission fällt weit zurück hinter bildungspolitische Errungenschaften, die im europäischen Hochschulraum als Standards gelten.

Im September 2017 spricht Emmanuel Macron an der Sorbonne in Paris. In der viel beachteten Rede skizziert Macron unter der Beifallsbekundung der Vertreter_innen aus Politik und Wirtschaft seine Vision für eine Welt, die er im Umbruch sieht. Von Klimapolitik und globalisierter Wirtschaft sowie den Herausforderungen der Digitalisierung ist dort die Rede. Die Antworten, die er auf diese Fragen präsentiert, schlagen die üblichen Klänge der neoliberalen Ideenwelt an – sie sind somit nicht neu, tönen aber von vermeintlichem Fortschritt und liberaler Ethik – auch im Bereich der Hochschulbildung. Macron spricht zum ersten Mal von einer Europäischen Universität. Und zündet damit ein Feuer. Deshalb ist es sinnvoll sich genauer anzusehen, was aus seiner Idee einer Europäischen Elite Universität geworden ist – denn ihre Auswirkungen sind nur allzu vorhersehbar.

Macron ließ in seiner Rede verlautbaren: „I thus want a European Intelligence Academy to be created, to strengthen the ties between our countries through training and exchanges.“⁴¹ Warum diese Anstrengung? Eine Deutung wäre, dass durch den Brexit Europa mit Oxford und Cambridge zwei ausgewiesene akademische Standpunkte verlieren würde und man dem eine exzellente Europäische Universität entgegen hält. Denn schon 1999 vor genau 20 Jahren verständigten sich die Minister_innen in Bologna zur absoluten Wettbewerbsfähigkeit des sogenannten Europäischen Hochschulraumes: „Insbesondere müssen wir uns mit dem Ziel der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems befassen.“⁴² Doch was in der Rede Macrons als eine Europäische Universität geplant war, ist von der Europäischen Kommission im Zuge des Vorhabens der European Education Area (EEA) gleich zu einem ganzen Netzwerk aus Europäischen Unis gemacht worden. Denn

die Europäische Kommission nahm den Vorschlag Macrons mit Kussband, um etwas durchzusetzen, das zwar so ähnlich wie der Bolognaprozess ist, aber aber weit aus elitärer und den Zugang zu Hochschulen weiter massiv beschränkt wird.

Was nach Interkulturalität klingt, ist eine europäische Exzellenzinitiative, die ein Elitenetzwerk schaffen soll. Denn gefördert werden sollen nur wenige ausgewählte Universitäten. Das erklärte Ziel der Europäischen Kommission ist dabei den EU-Raum im Feld der Higher Education nicht nur fitter zu machen, sondern zum besten Hochschulraum weltweit. Dem zugrundeliegend ist ein von Wettbewerb und Verwertungslogik durchsetztes Bildungsverständnis, wie es bereits seit 20 Jahren an den europäischen Hochschulen praktiziert wird.

ELITENETZWERK GETARNT ALS EUROPÄISCHE UNIVERSITÄT? Die EU Kommission hat in einer Ausschreibung festgehalten, wie eine Kooperation von Hochschulen genau aussehen muss, um eine „European University Alliance“ zu sein. Die erste Ausschreibung um als Netzwerk gefördert zu werden, wurde 2018 veröffentlicht. Bei der Europäischen Kommission heißt es, dass transnationale Allianzen, europäische Werte und Identität gefördert und die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hochschulbildung revolutioniert werden sollen. Und zwar nach dem Prinzip, dass ein solches Netzwerk aus Universitäten bestehen soll, die einen ausgewogenen geografischen Bereich abdecken und eine gemeinsame Strategie zur Exzellenz, Nachhaltigkeit und europäischen Werten entwickeln. Für Studierende soll es vielfältige Programme und Mobilität auf allen Studienstufen geben. Interdisziplinarität zwischen Studierenden, Forschenden und Lehrenden der Universitäten sollen so ebenfalls

entstehen. Ein Netzwerk besteht mindestens aus vier Universitäten, die einen engen Austausch untereinander pflegen, die sich durch besonders hohe Qualität auszeichnen und einen europäischen Wertekodex wahren. Klingt nun nicht verkehrt, doch schaut man in die Konditionen ergibt sich ein anderes Bild. Vor allem vor dem Hintergrund eines breiten Hochschulraumes.

ZUR AUSSCHREIBUNG - WER WIRD ZU WELCHEN KONDITIONEN GEFÖRDERT? Zur Umsetzung dieser illustren Pläne, muss aber natürlich über Geld gesprochen werden. Für die erste Förderrunde wird von der Europäischen Kommission für den Zeitraum 2019 bis 2021 ein Gesamtbudget von rund 2,7 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Doch woher kommt das Geld? Dieses Geld wird aus dem Erasmus+ Topf der EU entnommen, einem Topf der für die Breitenförderung von kulturellem und wissenschaftlichem Austausch für Studierende, insbesondere für die Ermöglichung von Mobilität an Hochschulen im Ausland gedacht ist. Zwar ist geplant diesen zu verdreifachen, eine gleichwertige Erasmusförderung und eine European University Network Förderung sind mit einer Verdreifachung nicht zu tilgen. Gefördert werden zwischen 20 bis 40 Universitäten mit bis zu 60 Millionen Euro. Das scheint im ersten Moment wenig Geld zu sein, soll aber nach der Pilotphase erhöht werden. Zudem haben Bildungsministerien von EU-Mitgliedstaaten, wie Deutschland oder Frankreich bereits angekündigt zusätzlich Geld in Millionenhöhe in das Projekt zu geben.

REICHENFÖRDERUNG UND VERLUST DER STUDENTISCHEN MITBESTIMMUNG. Doch die erste Ausschreibung bringt eine Reihe an Problemen mit sich. Neben Universitäten und öffentlichen Forschungsinstituten sollen zum Beispiel auch



Illustration: Veronika Lambertucci

privatwirtschaftliche Forschungszentren gefördert werden, was aus sozialer Sicht nur eine weitere Verschiebung der finanziellen Ungleichheit der akademischen Landschaft darstellen würde. Denn dabei geht es nicht nur allein um Drittmittelfinanzierung, sondern ganze privatwirtschaftlich agierende Forschungsunternehmen können gefördert werden. Das beeinträchtigt also wissenschaftliche Freiheiten und verquickt Wirtschaft und Bildung noch Verstärker. Bildung als öffentliches Gut? Fehlanzeige!

Auch Errungenschaften, die über lange Zeit erst erkämpft werden mussten und die immer wieder in Gefahr sind revidiert zu werden, wie etwa demokratische Beteiligung von Studentinnen und Studenten in universitären Entscheidungsprozessen, die Sicherstellung von adäquaten Arbeitsbedingungen der Angestellten der Hochschulen und das Bekenntnis zur Förderung von Studierenden aus einkommensschwächeren Haushalten, um eine bessere soziale Durchmischung an den Hochschulen zu erreichen, sind in den Bedingungen nicht zu finden.

Weder müssen die europäischen Universitäten demokratisch ausgerichtet sein, noch muss bei ihnen sichergestellt werden, dass es keine Studiengebühren gibt. Somit hängt es immer davon ab, ob es in dem Land in dem ein Student oder eine Studentin eingeschrieben ist Studiengebühren gibt. Für den engen internationalen Austausch, den die Hochschulen anstreben, wird ein Ausschluss von Studierenden durch Studiengebühren durch einige Länder also billigend in Kauf genommen. Unter der Frage, "What will this action support?", werden zwar finanzielle Unterstützungen hinsichtlich des Managements angeboten, kein Wort wird aber zur studentischen Selbstverwaltung verloren. Eine Entwicklung, die zumindest nachdenklich stimmt.

HOCHSCHULEN IM „OSTBLOCK“ WERDEN NICHT GEFÖRDERT. Hinsichtlich der angestrebten hohen Rate des Austauschs von 50 Prozent von Studierenden und Lehr- und Forschungspersonal die an verschiedenen Orten studieren sollen, sogenannte Out-Goings, wird jedoch nicht genug Geld zur Verfügung gestellt um einen Auslandsaufenthalt finanziell zu garantieren. Darauf jedoch hat die EU-Kommission bereits eine Antwort gefunden, denn „Mobility“ kann auch virtuell sein. Studierenden, die das nötige Kleingeld haben, wird die Möglichkeit gegeben an vier Universitäten zu studieren. Studierenden die nicht im Geld schwimmen, dürfen dann „virtuell“ mobil sein, und sich online Vorlesungen aus Paris, Warschau und Madrid anschauen.

Die Ausschreibung begünstigt gut finanzierte und wohlhabende Institutionen in Ballungsräumen, die leichter auf Projekt- oder Forschungsfinanzierung zugreifen zu können. Fachhochschulen oder Hochschulen aus der Peripherie werden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht Teil des Netzwerks werden. Auch die regionale Balance im europäischen Kontext, die der Aufruf vorsieht, steht auf tönernen Füßen. Denn während die europäische Hochschul Landschaft in Westeuropa in drei Regionen unterteilt wird, wird der gesamte Osten in den sogenannten Mittel- und Osteuropa-Block zusammengefasst. Um die von der Kommission avisierte Balance zwischen den Regionen herzustellen, reicht es nach aktuellem Stand also aus, nur eine Universität aus dem ehemaligen Ostblock und alle anderen aus Westeuropa zu haben.

IN WAS FÜR EIN EUROPA DER ZUKUNFT FÜHRT DIE INITIATIVE? Die Pläne der EU-Kommission bieten also erheblichen Grund zur Kritik. Sie zementieren ideologisch die neoliberale

Politik der Elitenförderung und tragen zur weiteren Öffnung der sozialen Schere – zwischen Arm und Reich – bei. Nicht nur durch Förderung derer, die es am wenigsten notwendig haben, sondern auch durch eine erneute Bevorzugung der westeuropäischen Länder. Gerade im Kontext eines Europas das mit einem immer stärkerem Rechtsruck konfrontiert ist, ist es alarmierend, nicht über die Bildungspolitik Brücken zu bauen, sondern eine paternalistische Bevorzugung der EU-Mitgliedsländer voranzutreiben und damit den europäischen Hochschulraum aus dem Blick zu verlieren. Somit wird ein Auseinanderdriften Europas eher befeuert als gehemmt. In Zeiten eines instabilen und desolaten Europas, in Zeiten von Brexit und Co wird aktiv eine Bildungspolitik der Entsolidarisierung und der Eliten betrieben. Es ist große Vorsicht geboten, wenn die europäische Hochschullandschaft statt auf Breitenförderung und demokratische Teilhabe, in Zukunft noch stärker auf Wettbewerb und ökonomischer Verwertung setzt.

Nathalie Schäfer ist seit zwei Jahren beim fzs (dem deutschen Pendant zur Österreichischen Hochschüler_innenschaft) sowie auf europäischer Ebene im Board der European Students Union ESU aktiv.

Sebastian Berger ist ehemaliger Studierendenvertreter der Österreichischen Hochschüler_innenschaft und derzeit Vorstandsmitglied der European Students Union ESU.

Quellen:

¹ <http://international.blogs.ouest-france.fr/archive/2017/09/29/macron-sorbonne-verbatim-europe-18583.html>

² https://www.bmbf.de/files/bologna_deu.pdf

Politik, die wirkt. Service, das hilft.

Die ÖH ist nicht nur politische Ansprechpartnerin in Hochschulfragen, sondern auch Anlaufstelle für alle Studierenden, die mit Ungerechtigkeiten und Rechtslücken kämpfen. Zwei Beispiele aus dem Sozialreferat.

WOHNEN. Die Studentin Paula* möchte den Benützungsvertrag betreffend ihr Studierendenwohnheimzimmer vorzeitig kündigen, da sie aufgrund einer unvorhersehbaren finanziellen Notlage ihr Studium plötzlich beenden muss. Ihr Vermieter, ein privater Studierendenheimanbieter, lehnt dies ab und behauptet, dass eine vorzeitige Beendigung rechtlich nicht zulässig sei und sie bis Ende September die Miete zahlen müsse, ob sie noch im Zimmer wohne oder nicht.

Die Studentin kontaktiert die Wohnrechtsberatung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH). Die Wohnrechtsberatung der ÖH bietet Beratung zu allen wohnrechtlichen Belangen von Studierenden, insbesondere zu Mietverträgen für Wohnungen, Studierendenwohnheime oder Wohngemeinschaften (WGs).

Die Wohnrechtsberatung kontaktiert die Heimverwaltung und klärt über die geltende Rechtslage auf. In der Regel werden die Benützungsverträge für Zimmer in Studierendenwohnheimen für ein Studienjahr, daher zwölf Monate, abgeschlossen. Studienortwechsel, Auslandssemester oder unvorhersehbare Ereignisse können aber eine vorzeitige Kündigung notwendig machen. Das Student_innenheimgesetz (StudHG) sieht vor, dass Heimbewohner_innen, auch wenn längere Kündigungsfristen vertraglich vereinbart wurden, bei Vorliegen wichtiger Gründe jedenfalls zum Ablauf des nächstfolgenden Kalendermonats kündigen dürfen. Dieses besondere Kündigungsrecht mit einmonatiger

Kündigungsfrist ist vorgesehen, damit die betroffenen Studierenden nicht das restliche Jahr Miete bezahlen müssen, obwohl sie bereits ausziehen mussten. Wichtige Gründe im Sinne des Gesetzes sind die Ableistung des Präsenz- oder Zivildienstes, ein Studienortwechsel, ein Studienabschluss oder eine plötzlich auftretende soziale Notlage. Oftmals beachten jedoch neue, privatwirtschaftlich und profitorientierte Anbieter_innen von Studierendenwohnheimzimmern diese gesetzlich vorgesehenen Standards des StudHG nicht.

Nach Intervention durch die Wohnrechtsberatung der ÖH lenkt die Heimverwaltung schließlich ein und akzeptiert die vorzeitige Kündigung mit einmonatiger Kündigungsfrist. In vielen Fällen muss kein Verfahren eingeleitet werden, um derartige Rechtsstreitigkeiten zu lösen.

Durch die ÖH erkämpft: Ohne Einleitung eines Verfahrens kann die Studentin nach Intervention durch die ÖH ihren Benützungsvertrag vorzeitig beenden und erspart sich einige Monate an Mietzahlungen.

WIE IST DAS MIT DEN ECTS?

Für volljährige Kinder, die ein Studium betreiben, steht in der Regel Familienbeihilfe zu. Zu Beginn des Studiums ist dem Wohnsitzfinanzamt ein sogenanntes „Hauptstudium“ zu melden. Aus diesem Hauptstudium sind im 1. Studienjahr positive Studienleistungen von mindestens 16 ECTS-Punkten bzw. 8 Semesterwochenstunden abzulegen. Wird

der nötige Leistungsnachweis nicht erreicht, besteht nach dem 1. Studienjahr vorerst kein weiterer Anspruch auf Familienbeihilfe und es folgt die Einstellung.

Im vorliegenden Fall nimmt die Studierende Lara* das Studium der Anglistik* an einer öffentlichen Universität im Wintersemester auf. Im darauffolgenden Sommersemester wechselt sie rechtzeitig auf das Universitätsstudium Biologie*, welches sie fortan als Hauptstudium betreibt. Der Studienwechsel wird beim Finanzamt bekannt gegeben. Aus dem Studium Biologie erzielt Lara durch positiv absolvierte Prüfungen im Mai, Juni, Oktober und im November jeweils 4 ECTS-Punkte bzw. 2 Semesterwochenstunden. Mit der letzten Prüfung am 27.11. erreicht sie somit den nötigen Leistungsnachweis von insgesamt 16 ECTS-Punkten und 8 Semesterwochenstunden.

Das Finanzamt stellt jedoch mit Oktober die Auszahlung der Familienbeihilfe mit der Begründung ein, es sei kein ausreichender Studienerfolg für den Weiterbezug der Familienbeihilfe nach Abschluss des 1. Studienjahres vorgelegt worden. Die dagegen erhobene Beschwerde weist das Bundesfinanzgericht erneut ab.

Da diese Rechtsfrage eine Vielzahl an Studierenden betrifft, übernimmt die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) die Kosten für das höchstgerichtliche Verfahren. In letzter Instanz bestätigt nun der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) in seiner Entscheidung (VwGH vom 30.05.2017,

Ra 2017/16/0036) die Rechtsansicht der ÖH. Prüfungsleistungen, die bis 30.11. abgelegt wurden, werden zum Leistungsnachweis für den Weiterbezug der Familienbeihilfe gezählt.

Der genaue Nachweiszeitraum für die Prüfungsleistungen aus dem 1. Studienjahr ist im Familienlastenausgleichsgesetz (FLAG) nicht geregelt. Nach Ansicht des Gerichts kommt es nicht auf die Ablegung einer Prüfung in einem Studienjahr, sondern auf die Zuordnung der abgelegten Prüfung zu einem bestimmten Semester an. Das Höchstgericht legt abschließend fest, dass der Nachweiszeitraum für das 1. Studienjahr vom Beginn des 1. Semesters bis zum Ende der Zulassungsfrist für das 3. Semester, also bis zum 30. November des Folgejahres anzusetzen ist.

Dies ermöglicht nun, dass Studierende bis zum 30.11. des Folgejahres abgelegte ECTS-Punkte oder Semesterwochenstunden nachträglich beim Wohnsitzfinanzamt einreichen können. In diesen Fällen besteht dennoch durchgehend der Anspruch auf Familienbeihilfe.

Durch die ÖH erkämpft: Für den zu erbringenden Leistungsnachweis für einen Weiterbezug der Familienbeihilfe nach dem 1. Studienjahr können bis zum 30.11. erzielte positive Prüfungsleistungen herangezogen werden.

Weitere Erfolge aus der Beratung unter www.oeh.ac.at/geschafft.

*Alle Namen und Studiengänge sind geändert.

WISSENSCHAFT UND POLITIK



Die Blume aus dem Gemeindebau

Vor 100 Jahren wurde der erste Gemeindebau errichtet. Denn früher war alles besser. Das Gras grüner, Blumen rosiger und Mieten billiger. Oder auch nicht.

Mit etwas Verspätung aber nun doch hat also der lang ersehnte und ungleich länger vertagte Bau der U5 begonnen. Voraussichtlich 2024 soll der erste Streckenabschnitt fertig sein, 2027 sind dann sowohl die U5 als auch die U2 vollumfänglich im Einsatz. Das mag zwar noch ein paar Jahre hin sein, aber bereits jetzt – fünf Jahre vor der Fertigstellung der ersten Station – können es manche kaum erwarten, bis die neuen Züge durch den Wiener Untergrund fahren. Investor_innen zum Beispiel. „In der Nähe der zukünftigen U5“ frohlockt bereits heute so manches Hernalser Immobilien-Inserat. Auch im Wohnungsmarkt-Bericht 2018 der BUWOG spricht man dieser Tage in freudiger Erwartung von der neuen Anbindung. Denn dadurch „wird der Bezirk weiter aufgewertet“, was sich wiederum in der „Nachfrage widerspiegeln“ werde ^[1].

GRÖSSTE SOZIALE HAUSVERWALTUNG. Mit Blick auf die Mietpreise mag das nichts Gutes heißen, denn „Aufwertung“ ist ein Begriff, der eine gewisse Ambivalenz in sich trägt. Und dennoch nimmt Wien im europäischen Vergleich in Sachen Wohnpolitik nach wie vor eine Sonderrolle ein. Während in Zürich, München oder Berlin die Mieten durch die Decke gehen, siehts in Wien noch ganz passabel aus. Denn die Stadt hat am heiß umkämpften Wohnungsmarkt ein gewichtiges Argument: Sie ist Eigentümerin von 220.000 Wohnungen, verwaltet somit das Obdach von einer halben Million Wiener_innen und ist somit nach eigenen Angaben die „größte soziale Hausverwaltung Europas“ ^[2].

Genau 100 Jahre ist es her, als im Mai 1919 der Metzleinsthaler Hof fertiggestellt wurde. Der Gemeindebau am Margaretengürtel 90 – 98 war der Erste seiner Art – und sein Spatenstich zugleich Startschuss für ein staatliches Wohnbauprojekt gigantischen Ausmaßes. In knapp zehn Jahren stampfte die Stadt Wien 380 Gemeindebauten aus dem Boden, insgesamt 64.000 Wohnungen. Die sogenannte „Ringstraße des Proletariats“, eine Art trotziger Gegenentwurf zur bürgerlichen Ringstraße, wurde zum Zentrum für billigen Wohnraum der Arbeiter_innenschaft. Dort steht auch heute noch der Metzleinsthaler Hof. Etwas unscheinbar. Läuft man den Margaretengürtel entlang, erinnert lediglich ein kleines zweizeiliges Schild an das für die Stadt Wien eigentlich so bedeutende Gebäude.

Um 1900 leben in Wien mehr als zwei Millionen Menschen, 300.000 davon sind obdachlos. Als Reaktion auf die desaströsen Lebensumstände der

weitgehend pauperisierten Arbeiter_innenschaft – in Folge von Inflation und der verheerenden Versorgungssituation nach dem 1. Weltkrieg – wagte man in Wien während der 1920er und 1930er Jahre ein „einzigartiges gesellschaftspolitisches Experiment“, wie es heute noch in der Ausstellung „Das Rote Wien“ heißt. Die Mieten der im Schnitt 42 Quadratmeter großen Wohnungen machten dabei nicht mehr als läppische vier Prozent des Familieneinkommens aus.

BESSERSTELLUNG DER ARBEITER_INNENKLASSE. Den Stein ins Rollen brachte die Gemeinderatswahl im Mai 1919, an welcher erstmals auch Frauen teilnehmen durften. Die Sozialdemokrat_innen hatten von nun an das Wiener Zepher in der Hand, allen voran Neu-Bürgermeister Jakob Reumann. Da sich Wien nur kurz zuvor vom politisch konservativ ausgerichteten Niederösterreich abgespalten hatte und von nun an als eigenes Bundesland galt, „konnten hier damals Reformprojekte zugunsten einer Besserstellung der Arbeiterklasse in Angriff genommen werden, die in anderen Städten Europas kaum auch nur vorstellbar gewesen wären“, wie der Sozialphilosoph Axel Honneth in einer 2015 in Wien abgehaltenen Preisrede erläutert ^[3]. Mit Julius Tandler, Victor Adler, Otto Bauer und vielen anderen erhielten die Sozialdemokrat_innen zudem reichlich intellektuellen Input bei der Umsetzung ihres sehr pragmatisch und undogmatisch angelegten „sozialistischen Experimentalismus“. Nicht eine Utopie, ein gesellschaftlich zu erreichender Endzustand, sondern die „brachliegenden Chancen einer möglichst schnellen Besserstellung der arbeitenden Bevölkerung“ war handlungsanweisend für die Wiener Wohn- und Sozialpolitik, wie Honneth festhält.

WER SOLL DAS BEZAHLEN? Auch hier war die Antwort der Wiener Sozialist_innen so einfach wie undogmatisch: Ein stark progressives Steuersystem und eine Luxussteuer auf Nobelgüter. Als „monumentaler Superblock“, wie er damals hieß, ging auch der Döblering Karl-Marx-Hof aus diesem Zusammenspiel von sprudelnden Steuereinnahmen und wohnpolitischem Ehrgeiz hervor. Ein Gebäude, das auch heute noch in ganz Europa als Vorbild für eine progressiv ausgerichtete Wohnpolitik gilt. In den 1.382 Wohnungen, die zwischen Oktober 1926 und Oktober 1930 errichtet wurden, fanden rund 5.000 Menschen Platz.

Genug der Nostalgie. In den vergangenen zehn Jahren sind die Preise für Mietwohnungen in Wien um 35 Prozent gestiegen. Wer 2008 Brutto und inklusive Betriebskosten noch 390 Euro für seine Bleibe zahlte, wird heute monatlich um mehr als 525 Euro erleichtert – für dasselbe Mietobjekt ^[4]. Die einstigen „Arbeiter_innenviertel“ werden Haus um Haus durch Lofts veredelt, schicke Cafés und ein paar hippe Installationen tun das Übrige. „Grätzelaufwertung“ schimpft sich das – und wertet damit samt öffentlichen Raum meist auch gleich noch den Mietpreis in die Höhe. Auch hier ist der Wert also ein ambivalenter.

KEIN WIENER ALLEINSTELLUNGSMERKMAL. In Berlin beispielsweise hat sich die Durchschnittsmiete in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt ^[5]. Das ist mit ein Grund, warum in der Deutschen Hauptstadt gerade hitzig über Enteignungen von großen Immobilienfirmen gestritten wird. Und wiederum ein Grund, warum beispielsweise die Bayerische FDP und die Bayerische AfD – in präventiver Panik bzw. in panischer Prävention – vorsichtshalber schonmal „Dringlichkeitsanträge“ in den Landtag einbrachten, um entsprechende Paragraphen, die solche Enteignungen potentiell möglich machen, aus der Bayerischen Verfassung zu streichen. Die „Anwendung eines Instruments des Sozialismus“ werde die „marktwirtschaftliche Ordnung nachhaltig schädigen“, wie es im Antrag heißt ^[6]. Man mag das komisch finden, aber es veranschaulicht sehr gut, worum diese Debatte kreist: Es geht primär darum, die „marktwirtschaftliche Ordnung“ in Takt zu halten. Von leistbarem Wohnen findet sich in den Anträgen kein Wort, zu sozialistisch.

Zurück nach Wien, in die „Hauptstadt des bezahlbaren Wohnraums“, wie die ZEIT im März 2017 titelte ^[7]. 1.900.000 Bewohner_innen zählt die österreichische Hauptstadt seit Anfang dieses Jahres. Im Jahr 2026 sollen es laut Statistik Austria wieder mehr als zwei Millionen sein, so wie bereits 110 Jahre zuvor ^[8]. Und diese Menschen brauchen Platz. Bezahlbaren Platz. Um es vorweg zu nehmen: Denselben Ehrgeiz wie vor 100 Jahren legt Stadt Wien aktuell nicht an den Tag. Auch wenn sie immer noch unter sozialdemokratischer Regentschaft steht – „die Blume aus dem Gemeindebau“ der Wolfgang Ambros einst ein eigenes Lied widmete, wird in Zukunft deutlich umkämpfter sein als in der Vergangenheit.



„Die Wiener Wohnbaupolitik ist die größte Förderung der Mittelschicht in der Stadt“, erklärte unlängst Wohnbaustadträtin Kathrin Gaál (SPÖ). Aber was heißt das? Rund acht Euro zahlt man in Wien durchschnittlich für einen Quadratmeter Wohnraum. Zum Vergleich: In München sind es 16 Euro pro Quadratmeter. Ein Viertel aller Wohnung der österreichischen Hauptstadt sind in Besitz der Stadt, sind also Gemeindebauwohnungen, in denen Netto durchschnittlich nur 6,7 Euro pro Quadratmeter bezahlt werden müssen.^[9]

Mit 2004 stellte Wien den Gemeindewohnungsbaubau ein, fördert Wohnbau seither jedoch mit rund 550 Millionen Euro jährlich ^[6]. Auch den Privatisierungen von öffentlichem Wohneigentum verwehrt man sich nach wie vor konsequent – was in vielen anderen europäischen Großstädten schon lange nicht mehr der Fall ist. Durch die bereits 2015 während des Gemeinderatswahlkampfes angekündigte Initiative „Gemeindebau Neu“ sollen bis 2020 bis zu 4.000 neue Wohnungen entstehen, für 7,50 Euro pro Quadratmeter. Davon sind aktuell „3.700 neue Gemeindewohnungen in verschiedenen Projektphasen in Umsetzung“, wie ein Sprecher von Wohnbaustadträtin auf Nachfrage Gaál mitteilt. „Im Herbst dieses Jahres“ werden in der Fontanastraße im 10. Bezirk erstmals Menschen in den „Gemeindebau Neu“ einziehen.

Während andernorts von einer „Neoliberalisierung der Wohnungspolitik“ die Rede ist, trifft dies auf Wien nur zum Teil zu. Wohnraum, der im Zuge der Initiative „Gemeindebau Neu“ entstehen soll, kommt in der Tat unteren und mittleren Einkommensschichten zu Gute. Wenn Wien jedoch, wie laut Prognosen, bis 2030 um mehr als 150.000 Menschen wachsen soll, sind 4.000 neue Wohnung nicht mehr als „ein Tropfen auf den heißen Stein“, wie die beiden Wohnpolitik-Expert_innen Lisa Vollmer und Justin Kadi analysieren ^[6]. Der Anteil gemeinnützigen Wohnbaus würde daher deutlich unter die bisherige 25 Prozent-Marke sinken. „Auch Wien ist keine Insel, an

der globale Trends spurlos vorbeiziehen“, wie Gaáls Sprecher erklärt. In der Wohnbaustadtpolitik seien es vor allem „hohe Grundkosten“, die einer so ehrgeizigen Wohnpolitik wie einst im Wege stehen. Deshalb sollen zusätzlich zum „Gemeindebau Neu“ rund 7.000 neue Wohnungen pro Jahr entstehen, deren Bau von der Stadt gefördert wird.

ANSPRUCH AUF GEMEINDEBAU. Was ins Auge sticht, ist, wer überhaupt Anspruch auf eine Wohnung im Gemeindebau hat. Nämlich nur jene, die bereits seit mindestens zwei Jahren ihren Hauptwohnsitz in Wien gemeldet haben. Das heißt, Anspruch auf vergünstigten Wohnraum, haben bevorzugt jene, die bereits anderweitig in Wien untergekommen sind. Für Student_innen kommt der Gemeindebau daher vor erst einmal nicht in Frage. Für Geflüchtete und Migrant_innen ebenso wenig; Gruppen also, die im Schnitt unterdurchschnittlich verdienen und überdurchschnittlich auf niedrige Mieten angewiesen sind. Nachgefragt im Wiener Magistrat für Wohnbau: „In Wien kann man nicht an der Adresse erkennen, wie viel jemand verdient. Diese starke soziale Durchmischung haben wir zu einem großen Stück dem sozialen Wohnbau zu verdanken, der zu einem schönen Teil des Charmes und Charakters unserer Stadt geworden ist“. Wie man diesen „Charme“ auch zukünftig bewahren will, bleibt ein Geheimnis.

SCHWARZ-BLAU ÜBERNIMMT FORDERUNGEN DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT. Was den privaten Wohnmarkt anbelangt, ist die Lage noch einmal deutlich angespannter: Die Einführung befristeter Mietverträge sowie eine Flexibilisierung des Mietrechts machen Mietwohnungen vor allem für Investor_innen attraktiv – weniger für Mieter_innen ^[10]. Kein Wunder also, dass es vor allem private Mietwohnungen waren, die in den vergangenen Jahren am meisten aufgewertet wurden. Mitverantwortlich zeichnen hier auch sogenannte Dauer-Ferienunterkünfte, am prominentesten vertreten durch Airbnb, die besonders lukrative Einkünfte in Aussicht stellen. Und ein Blick ins schwarz/türkis-blaue Regierungs-

programm verspricht ebenso nichts Gutes: Im puncto Wohnen ähneln die Inhalte des Regierungspapiers den Forderungen der „Österreichischen Verbandes der Immobilienwirtschaft“ (ÖVI) auffallend stark. Teilweise wurden die Forderungen des Lobbyverbandes, der sich selbst als „Stimme der Immobilienwirtschaft“ sieht, sogar Wort für Wort übernommen ^[11].

Johannes Greß (24) studiert Politikwissenschaft im Master und lebt als freier Journalist in Wien

Quellen:

- ¹ http://www.wohnungsmarktbericht.at/links/pdf/BUWOG_WMB18_DE.pdf
- ² <https://www.wienerwohnen.at/100jahre.html>
- ³ Nachzulesen bei: Honneth, Axel (2017): *Die Idee des Sozialismus*, Suhrkamp: 169 – 180
- ⁴ https://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectonMethod=LatestReleased&dDocName=079261
- ⁵ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ansteigende-mietpreise-berliner-geben-46-prozent-des-einkommens-fuer-wohnen-aus/23070316.html>
- ⁶ https://www.bayern.landtag.de/www/Elan-TextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000001000/0000001396.pdf
- ⁷ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/wohnen-wien-preise-gentrifizierungsprobleme>
- ⁸ https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html
- ⁹ Statistik Austria
- ¹⁰ Vollmer, Lisa / Kaudi, Justin (2018): *Wohnpolitik in der Krise des Neoliberalismus in Wien und Berlin*: <http://prokla.com/wp/wp-content/uploads/2018/prokla191-vollmer-kadi.pdf>
- ¹¹ https://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5401119/Wohnpolitik_SPOe-warnt-vor-Entwicklungen-wie-in-England

Mehr als nur Zwei

Warum Polygamie die Monogamie als gesellschaftliche Norm ablösen und wir mehr Wert auf selbstbestimmten Sex legen sollten.

Friedemann Karig beschreibt das Bestehen der Monogamie in seinem Buch „Wie wir lieben“ so: „Die Monogamie war also quasi die Kartoffel unter den Beziehungsmodellen: aus dem Mangel geboren, in die Mangelerlernährung führend, aber notwendig zum Überleben.“ Um diesen Vergleich zu verstehen, braucht es ein wenig Grundverständnis zur Herkunft der Monogamie, denn diese ist ursprünglich mit guter Intention entstanden. Sie hat auch ihren Zweck erfüllt, aber für jede_n passend ist dieses System der Partnerschaft schon lange nicht mehr. Versteht mich nicht falsch, eine monogame Beziehung funktioniert für sehr viele Menschen ausgesprochen gut, doch diese als einzig wahre Beziehungsform anzusehen, ist schlichtweg nicht richtig.

Für alle, die nicht genau wissen, was Polygamie bedeutet, beschreibt es dictionary.com folgendermaßen: “the practice or condition of participating simultaneously in more than one serious romantic or sexual relationship with the knowledge and consent of all partners.“ Polygamie ist keine Neuheit mehr, im Gegenteil: Sie ist unser Ursprung, doch das haben wir erfolgreich verdrängt. Nach der Zeit der Jäger_innen und Sammler_innen, die sich neben Essen und Unterkunft auch Sexualpartner_innen teilten, bemerkten die Menschen, dass dies wirtschaftlich gesehen unrentabel ist. Nur eine einzelne Familie zu ernähren ist gewinnbringender, als mit einer ganzen Sippe zu teilen. Das Konkurrenzdenken begann und es funktionierte auch lange Zeit ganz gut, wenn wir die Leiden der zwangsverheirateten Paare außer Acht lassen. Ein Sprung in die Moderne und die Scheidungs-

rate in Österreich liegt laut Statistik Austria im Jahr 2017 bei 41 Prozent, denn der Trieb hat sich nicht verändert, nur unser (Unterdrückungs-) Verhalten. Man muss dazu sagen, dass natürlich nicht bei allen Scheidungen Untreue, oder etwas, das man als solche empfindet, der Auslöser war, doch ein Tröpfchen Wasser im Pool der Probleme war es mit Sicherheit.

„Love is a feeling, monogamy is a rule“ – was wie ein 08/15-Instagram-Zitat klingt, stammt eigentlich aus der Netflix-Doku „Explained“ und ist gar nicht so unwahr, wenn man kurz ohne sarkastischen Unterton darüber nachdenkt. Doch nicht die Folge der Netflix-Doku und auch nicht das Buch von Friedemann Karig haben mich zu diesem Artikel bewegt, sondern die Frage, warum eine polygame Lebensweise noch weniger weit verbreitet ist als es uns guttun würde. Viele Menschen in meinem Freund_innen- und Bekanntenkreis leben und lieben ohnehin schon eine Form der Polygamie, doch sie als diese in der Öffentlichkeit zu bezeichnen ist schwierig.

DOPPELTE BEFRIEDIGUNG. Alice* suchte das Gespräch mit ihrem Freund Leo*, mit dem sie bereits seit drei Jahren eine Beziehung führte, um ihm von einer, für sie, sehr spannenden Bekanntschaft zu erzählen. Im Laufe der Unterhaltung, äußerte Alice den Wunsch mit der Bekanntschaft intim zu werden und Leo gab ihr nach ausreichend Bedenkzeit seine Zustimmung. Aus gutem Grund: „Ich liebe Alice, weiß, dass sie mich liebt und sah deshalb damals wie heute drei Möglichkeiten: Ich beende eine Beziehung, die mich glücklich macht und verliere meine Freundin, die

ich über alles liebe. Ich beende die Beziehung nicht und verweigere ihren Wunsch, mit dem Wissen, dass es wahrscheinlich ein wiederkehrender Konfliktpunkt werden würde oder ich setzte mich, mit dem Ziel uns beide glücklich zu machen, damit auseinander“. In meinen Ohren ist das der Idealfall, denn durch Alices erfüllten Wunsch und der daraus resultierenden Zufriedenheit ist Leo selbst und auch seine Freundin glücklich. Sogenannte Kompromisse wie: „Ich sehe meinen guten Freund Heinzl nur selten, weil ihn meine Freundin nicht so gerne mag“, verstehe ich ohnehin nicht, denn wenn mich die Zeit mit meinem Freund Heinzl glücklich macht, dann sollte die Freundin doch eher von meiner Zufriedenheit indirekt profitieren, als mir diese zu verbieten.

Dass sich Alice von einer anderen Person körperlich angezogen fühlt, tut der Liebe zu Leo keinen Abbruch, im Gegenteil. Durch die Öffnung ihrer Beziehung lernten die beiden viel über sich selbst und ihre Verbindung zueinander, die sich übrigens durch die stundenlangen Gespräche über ihre Gefühle noch einmal verbessert hat. Mehreren Menschen Zuneigung oder Liebe, wenn man es so nennen will, entgegenzubringen liegt in unserer Natur. Wie schon erwähnt, hat sich die monogame Ehe ursprünglich aus wirtschaftlichen Gründen etabliert. Selbstverständlich war damals auch oft Liebe im Spiel, doch wie wir es aus Filmen kennen, musste in der Regel die Tochter des reichsten Herrschers A den Sohn des einflussreichen Mannes B heiraten. Durch Paarungen wie dieser (natürlich ausschließlich heterosexueller Zusammensetzungen) entstanden auch die Rollenbilder, welche

wir heute mit aller Kraft bekämpfen. Eines davon: Die Frau kümmert sich um Haus, Hof und Kinder und ist auf das Geld des Mannes angewiesen, weil sie gar nichts bis geringfügig Geld verdient, während der Mann die Familie erhält und auf die Treue der Frau hofft. Mit Kindern ist die ganze Situation um ein Vielfaches komplizierter, keine Frage. Doch ich traue mich vorsichtig zu behaupten, dass einem Kind das Glück der Eltern wichtiger ist, als das Aufrechterhalten des Familienbildes nach außen. Jugendliche sind oft verständnisvoller und reicher an Perspektiven, als man denkt. Traut euren Kindern mehr zu! Unsere Generation hat sehr gute Voraussetzungen als unabhängige Individuen über Sexualität und Lebensweise zu bestimmen.

SELBSTBESTIMMTER SEX. Um den Autor Karig zu zitieren: „Was sind wir für eine komische Spezies, die das Beste, was sie hat, nicht feiert, sondern darum herumschleicht wie ein Einbrecher um ein Haus in der Nacht?“ Damit meint er den Sex, den unsere Generation freier denn je ausleben kann, es aber nicht tut. Dass unsere Generation der Millennials weniger Sexualpartner_innen und Verkehr hätten als jene Menschen, die in den 60er und 70ern geboren sind, wurde schon oft thematisiert. Aktuelle österreichische Studien gibt es dazu noch nicht, doch worauf wäre diese Theorie zurückzuführen? Die 68er-Bewegung? Das Aufkommen der Pille war ein großer Sprung zur sexuellen Selbstbestimmung der Frau, aber wo stehen wir heute? Frauen, vor allem die jungen, die ihre Sexualität ohne fixe_n Partner_in erkunden, bekommen überwiegend negative Resonanz. Nora* zum Beispiel, die all



Illustration: Richard Klippfeld

ihre körperlichen Erfahrungen mit sich und wechselnden Partnern erlebt hat, wurde abwertend Umtriebiger unterstellt und die Fähigkeit sich zu binden abgesprochen. Die Mehrheit ihrer Freund_innen in Beziehungen, mit denen sie sich nicht identifizieren konnte, zu beobachten, brachte sie zu dem Schluss einfach kein „Beziehungstyp“ zu sein. Polygamie kannte sie zu dem Zeitpunkt noch nicht. „Ich bin viel unterwegs, lerne oft neue Menschen kennen und dachte deshalb damals, dass das mit einem eifersüchtigen (musste man ja sein, um seine Liebe glaubwürdig zu untermauern) festen Partner nicht mehr möglich sei“, erzählte sie. Der Grund dafür könnte mangelnde Diversität in den vorgelebten Rollenbildern und generell unzureichender Aufklärung sein. Erst durch Instagram (Hint: Ein weiterer Beweis dafür, dass uns Social Media nicht nur schadet) und das Sammeln anderer Perspektiven wurde ihr bewusst, welche Möglichkeiten sie hat. Wie weibliche Selbstbestimmung wirklich aussieht. Tinder sieht sie einerseits als Chance interessante Menschen kennenzulernen, aber

andererseits auch als Tool zur Bedürfnisbefriedigung. Zu sexsüchtigen und herzlosen Kreaturen, wie es oft suggeriert wird, macht es Tindernutzer_innen mit dieser Einstellung noch lange nicht.

DRITTES RAD. Ein weiteres Beispiel dafür, warum eine polygame Beziehungsform auch für Verfechter_innen der Monogamie eine Option sein sollte: Partner_in A und Partner_in B sind seit vier Jahren ein Paar, das man als glücklich bezeichnen kann. Gemeinsame Wohnung, sich ergänzende Interessen, Zukunftspläne und gute Harmonie. B hat schon seit einigen Tagen intensiven Blickkontakt und kurze Gespräche mit der neuen Arbeitskollegin, dass die beiden sich anziehend finden, ist offensichtlich, aber kein Thema. Die Beziehung zwischen A und B ist weiterhin innig und mit Meinungsverschiedenheiten im Normalbereich ausgeschmückt. Weihnachtsfeier. Alkohol. Sex mit der Arbeitskollegin. Niemand spricht darüber. B verheimlicht alles. A findet es heraus und beendet unmittelbar die Beziehung, schmeißt B aus der Wohnung und trauert um die Verbin-

dung zu ihrem Lieblingsmenschen. Niemand sucht das Gespräch. B liebt A nach wie vor, spricht nicht mehr mit der Arbeitskollegin, ist ebenso unglücklich wie A. Nach zwei Monaten kommen die beiden wieder zusammen und die Geschichte wird unter den Teppich gekehrt. Output der Geschichte schon ersichtlich? Ich bin überzeugt davon, dass sich einige Beziehungsdramen vermeiden lassen würden, wenn die Beteiligten über das Besprechen der Vorlieben im Bett hinausgehen würden und Themen wie Polygamie ansprechen würden. Positiver Nebeneffekt: Polygamie wird, entgegen des gesellschaftlichen Konsenses, aus der Tabu-Themen-Kiste gelockt.

EINE FRAGE DER DEFINITION.

Treue ist auch eine Frage der Definition, denn Eifersucht ist kein Indiz für Liebe, sondern die Angst ersetzt zu werden, diese Meinung teilt Leo und auch viele andere, aber bewusst ist das den wenigsten. Das ist einer der Faktoren, den man Tinder tatsächlich indirekt ankreiden kann, denn „Ersatz“ zu finden ist im Internet natürlich bequemer und schneller möglich als im Alltag.

Zu diesem Ersatz würde man aber ohnehin kommen, egal ob online oder offline. Zurück zur Treue: Für Paare in offenen Beziehungen ist oft der entscheidende Punkt, dass Sex mit Dritten rein körperliche Bedürfnisse befriedigt, jedoch keine emotionalen. Sprich: Der Wendepunkt von Treue zu Untreue ist verschiebbar. Wie fühlt es sich an die dritte Person einer offenen Beziehung zu sein? Gut, wenn die Kommunikation stimmt. Wie immer und überall kommt es auf die Umgangsweise miteinander an. Wenn eine wertfreie Basis gegeben ist und man das System der Polygamie nicht als regellosen Freifahrtsschein benutzt, ist es gleichwertig zur Monogamie und auch so zu behandeln. Nora zum Beispiel fühlte sich von Leo weit besser behandelt und wertgeschätzt, als von allen Gspusis zuvor. Kämpfen wir gemeinsam gegen unser Normdenken an, damit jede_r das Leben bekommt, das er oder sie sich wünscht.

**Name geändert*

Iris Strasser studiert Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

Wir schützen unsere Frauen

Zehn tote Frauen in nur vier Monaten. Österreich ist EU-weit trauriger Spitzenreiter bei Frauenmorden. Rechtsextreme versuchen, aus diesen Taten politisches Kleingeld zu schlagen.

Eine 80-jährige Niederösterreicherin ist das bereits zehnte weibliche Mordopfer des Jahres 2019. Ihr schwer kranker Mann erschoss sie, bevor er sich selbst das Leben nahm. Er hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem er die Tat gestand¹. Neun weitere Frauen haben in diesem noch jungen Jahr bereits ihr Leben verloren. Täter und Opfer stammen aus verschiedensten sozioökonomischen Hintergründen. Dennoch haben sie eine Gemeinsamkeit: Bei allen Tätern, die bis dato ermittelt werden konnten, handelt es sich um Männer aus dem engsten sozialen Umfeld der Getöteten: Ehemann, Ex-Freund, Bruder oder Enkelsohn. Mehrere dieser Männer waren bereits im Vorfeld als aggressiv oder gewalttätig aufgefallen oder sogar polizeibekannt. Dennoch konnten die Morde nicht verhindert werden.

Bereits die ersten drei Wochen des Jahres brachten sieben Fälle von Mord oder Totschlag an Frauen mit sich. Diese schockierende Häufung rückte das Thema Frauenmorde in den medialen Fokus. „Frauenmord-Land Österreich?“ titelte etwa das Magazin News² und PULS4 fragte im Magazin Pro&Contra „Mehr Frauenmorde als je zuvor: Woher kommt die Gewalt?“³ Statistiken verdeutlichen wie dramatisch die Lage ist: In keinem anderen Land Europas ist der Anteil der weiblichen Opfer bei Tötungsdelikten so hoch wie in Österreich. Zumindest die letzte Headline verdeutlicht auch, in welche Richtung die Debatte um Gewalt gegen Frauen kippte: Sie bekam rasch eine rassistische Schlagseite, wurde von einer Frage der geschlechterspezifischen Gewalt zu einer Debatte um Migration und Asyl umgedeutet. Doch wie kam es dazu?

IMPULS VON GANZ RECHTS. Einmal mehr spielte die neofaschistische Gruppe der „Identitären“ dabei die Rolle

der Stichwortgeber, der Aufstachler für die österreichische extreme Rechte. Und einmal mehr konnte sie damit den Verlauf der Debatte mitbestimmen. Sie griff aus den Morden im Jänner 2019 zwei sehr ähnliche Fälle heraus, deren Täter-Opfer-Konstellation sich für ihre Zwecke besonders eigneten: Die Opfer waren zwei sehr junge autochthone Frauen, beide gerade einmal sechzehn Jahre alt. Ermordet wurden sie von wenige Jahre älteren Männern mit aufrechtem Asylstatus. Die Rechtsextremen nutzten die mediale Aufmerksamkeit, die auf dem Thema lag, als Bühne für ihre völkischen Umdeutung der Frauenmord-Problematik. Diese beiden Fälle, die Morde an Manuela aus Wiener Neustadt⁴ und Michele aus Steyr⁵, dienten ihnen als Vehikel ihrer rassistischen Erzählung. Ihr Ziel war es, die Morde als alleinige Folge des Zulassens von Migration nach Österreich umzudeuten. Die Ebene der patriarchalen Unterdrückungsverhältnisse sollte dadurch überlagert werden, Gewalt von Männern ohne Migrationshintergrund wird ausgeblendet. Die Verknüpfung von Rassismus und Geschlechterbildern wird hier über eine individualisierte und vor allem emotionalisierte Ebene betrieben, was sie gegen rationale Argumente immunisiert.

Diese Strategie ist keineswegs neu. Das Bild des bedrohlichen Fremden, der die autochthone Frau als Erhalterin des Volkes gefährde, ist in der extremen Rechten altbewährt. Zuletzt wurde sie 2017 in Deutschland mit einigem Erfolg angewandt. Als die 15-Jährige Mia aus dem rheinland-pfälzischen Kandel von ihrem gewalttätigen ex-Freund erstochen wurde, kam es zu mehreren größeren Demonstrationen der extremen Rechten, die mediale Rezeption fanden. Auch in Österreich versuchten sich unter anderem die rechtsextremen „Identitären“ an Mobilisierungen in

jenen beiden Städten, die Schauplatz der Morde waren. Unter dem Titel „Eine Kerze für Steyr“ wurden in dem niederösterreichischen Ort mehrere Gedenkveranstaltungen abgehalten. Mehrere hundert Personen, der größte Teil davon Anwohner_innen, nahm daran teil. So auch in Wiener Neustadt, wo das zweite Mädchen starb, fanden am Wochenende nach dem Mord gleich zwei von Rechtsextremen organisierte Kundgebungen mit jeweils etwa 200 – 250 Teilnehmenden statt. Was als Gedenken inszeniert wurde, war nichts anderes als ein Forum, um trauernden Menschen in geheucheltem Mitgefühl rechtsextreme Ideologie vorzusetzen, wurde doch in jeder Rede dieselbe Botschaft vermittelt: Massenmigration sei schuld am Tod dieser Frauen.

FRAUEN SCHÜTZEN? Dabei fiel oft der aufschlussreiche Begriff der „importierten Gewalt“, den Rechtsextreme allzu gerne strapazieren, um geschlechterspezifische Gewalt zu ethnisieren. Hier wird versucht, ein Bild zu schaffen, in dem die „wirkliche“ Gefahr geschlechterspezifischer Gewalt ausschließlich von nicht-„autochthonen“ Männern ausgeht. Diese werden als „übermännlich“, impulsiv und gewaltaffin dargestellt, wobei sie dem Bild des durch jahrelange Sozialisierung „verweichlichten“ europäischen Mann gegenübergestellt werden. Diese Eigenschaften, die dem „Fremden“ negativ zugeschrieben werden, drücken gleichzeitig ein Ideal gewalttätiger Männlichkeit aus, das Rechtsextreme hegen. Der Begriff nimmt Gewalt völlig aus dem Begriffsrahmen, sobald die Täter „autochthone“ Männer sind.

Das offenbart auch das verquere Verhältnis der extremen Rechten zum Themenkomplex der Gewalt gegen Frauen: Als schützenswert gilt der weibliche

Körper im rechtsextremen Denken lediglich als unverzichtbare Ressource des Volkserhalts, zu schützen vor dem Zugriff von allem, das als ‚fremd‘ ausgemacht wird. Nicht der Schutz der Unversehrtheit und des Wohlergehens der Frauen steht im Zentrum – von der Problematisierung patriarchaler Verhältnisse, die sie gefährden ganz zu schweigen – sondern die Abwehr von Fremden. Das dadurch transportierte Bild des Beschützers stärkt wiederum Geschlechterhierarchien. Es stellt Frauen als ständig bedrohte, gleichzeitig aber passive und wehrlose Objekte der Begierde und somit von der Stärke und Gunst eines Mannes abhängig dar. Die rechtsextreme Thematisierung geschlechterspezifischer Gewalt dient somit der Funktion der Privilegiensicherung weißer, hegemonialer Männlichkeit verkörpernder „Inländer“, also der größten Zielgruppe rechtsextremer Ideologien. Da Frauen in rechtsextremen Ideologien vorrangig als Mütter und somit Verantwortliche für den Fortbestand des Volkes angesehen werden, wird jeder Angriff auf Frauen von ‚fremden‘ Männern als Angriff auf das Volk selbst gesehen. Schutz gegen diesen Angriff zu gewähren wird im rechtsextremen Diskurs als ehrwürdige Pflicht jedes ‚autochthonen‘ Mannes gesehen⁶.

REGIERUNG SPART BEI GEWALT-SCHUTZ UND BERATUNGSSTELLEN. Von weit größerer Bedeutung als die Mobilisierungen der außerparlamentarischen extremen Rechten auf der Straße war jedoch, dass das FPÖ-geführte Innenministerium das rassistische Erklärungsmodell aufgriff und die hohe Zahl der Morde zu einem Problem der Zuwanderung erklärte. So versprach Innenminister Herbert Kickl medienwirksam, er werde eine Taskforce einrichten und die Abschie-



Foto: Julia Spacil

FRAUENMORDE 2019

- 03.05. | Niederösterreich | Ein schwer kranker Mann erschießt seine Ehefrau und sich selbst | Täter: M
- 23.03. | Niederösterreich | Eine ältere Frau wurde erstochen aufgefunden. Im dringenden Tatverdacht steht ihr Enkelsohn, das Motiv soll Geld gewesen sein | M
- 12.02. | Wien | Ein Mann schießt seiner Ex-Freundin in den Kopf und richtet sich selbst. Sie erliegt den schweren Verletzungen Tage später im Krankenhaus | M
- 25.01. | Niederösterreich | Eine Frau wird erschlagen in ihrer Wohnung aufgefunden | ?
- 21.01. | Niederösterreich | Ein als gewalttätig bekannter Mann ersticht seine Ehefrau | M
- 16.01. | Wien | Eine Frau wird von ihrem Lebensgefährten in der gemeinsamen Wohnung getötet | M
- 15.01. | Wien | Eine junge Frau wird von ihrem Bruder im Streit erstochen | M
- 13.01. | Niederösterreich | Ein Jugendlicher erwürgt oder erschlägt seine sechzehnjährige Ex-Freundin | M
- 09.01. | Niederösterreich | Ein Waffennarr lauert seiner Ex-Freundin auf und ersticht sie vor ihrem Haus | M
- 08.01. | Niederösterreich | Ein Mann ersticht vor den Augen der Kinder seine Ehefrau | M

bung von anerkannten Geflüchteten erleichtern. Vizekanzler Heinz-Christian Strache griff dabei auch den Begriff der importierten Gewalt wieder auf – selbst rhetorisch passte bei diesem Thema kaum ein Blatt Papier zwischen die neofaschistischen „Identitären“ und die FPÖ. Doch auch die ÖVP stimmte in den rassistischen Kanon mit ein. Sie argumentierte, leichtere Abschiebungen – auch ohne Vorliegen einer schweren Straftat – würden dem Hausverstand der Österreicher entsprechen. Für Empörung sorgte lediglich der Zusatz des Innenministers, er wolle sich dabei notfalls auch über die Europäische Menschenrechtskonvention hinwegsetzen, sollte diese einer Abschiebung im Weg stehen⁷. So war es am Ende die Regierung, die mit all ihrer Reichweite von der notwendigen Debatte, wie der Serie an Frauenmorden Einhalt zu gebieten ist ablenkte. Stattdessen wurde über Abschiebungen für Bagatelldelikte debattiert.

Mit dieser Verschiebung konnte die Regierung von einem für sie weit unangenehmeren Themenfeld ablenken: Sie hat 2018 trotz steigenden Zahl an Frauenmorden massiv beim Gewaltschutz eingespart. Beratenden Fraueninitiativen und Familienberatungsstellen für Krisensituationen wurden die Mittel gekürzt. Damit fielen Beratungsangebote für von Gewalt bedrohte oder betroffene Frauen weg. Doch diese präventiven

Maßnahmen wären essenziell, um einer weiteren Eskalation der Gewalt zuvor zu kommen. Denn statistisch gesehen wird rund die Hälfte der Morde angekündigt, in vielen Fällen beginnt die Spirale der Gewalt schon lange zuvor. Um gefährdete Frauen schützen zu können, gab es bis zum Herbst 2018 auch monatliche Treffen der „Wiener Interventionsstelle gegen familiäre Gewalt“ und anderer regionaler Gewaltschutzeinrichtungen mit der Polizei. Dabei wurden Hochrisikofälle dokumentiert und besprochen, um weiterer Gewalt zuvor zu kommen. Ziel dieser Fallbesprechungen war es, eine Strategie zu finden, um Leib und Leben der bedrohten Frau zu schützen. Trotz der alarmierenden Zahl an Frauenmorden hat die Schwarz-Blau Regierung diese Besprechungen nun ersatzlos auslaufen lassen. Damit fällt für bedrohte Frauen noch eine zweite entscheidende Möglichkeit der Prävention weg. „Einfach nur gesagt zu bekommen ‚Zeigen Sie halt wieder an, wenn es nochmal passiert‘, ist zu wenig“, kritisierte Rosa Logar von der Wiener Interventionsstelle gegen familiäre Gewalt gegenüber dem sozialdemokratischen Online-Magazin Kontrast.⁸

AUF DEM RÜCKEN DER FRAUEN.

Die rassistische Debattenverschiebung von Gewaltschutz zu Migration verschleierte, dass bei weitem nicht alles getan wird, um Frauen zu schützen und solchen Taten Einhalt zu gebieten.

Statt Beratungsstellen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, Behörden im Umgang mit bedrohten Frauen besser zu schulen und alle daran zu setzen, die Gewaltspirale zu durchbrechen, bevor es zum Äußersten kommt, zettelte die Regierung die nächste Debatte über Migration an. Ein billiges Ablenkungsmanöver, das jedoch von Gewalt betroffenen Frauen teuer zu stehen kommt. Deutlich wird dabei, dass es rechtsextremen „Identitären“ wie Regierung keineswegs um eine tatsächliche Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt geht, sondern sie das Thema vielmehr als Vehikel für ihren Rassismus instrumentalisieren: Sie betreiben ein Framing, das die Erzählung des „integrationsunfähigen muslimischen Mannes“ bedient. Durch die emotionale Aufladung, die mit der Thematik geschlechtsbezogener Gewalt verbunden ist, wird das zusätzlich verfestigt. Das Leben von Frauen wird hier zum Spielball rassistischer Politik. Dabei wäre eine ehrliche Debatte über die Ursachen der eklatant hohen Quote an Frauenmorden im Land dringend notwendig. Doch eine solche kann dann einen Beitrag zum Gewaltschutz leisten, wenn sie ohne Rassismus auskommt und um der Betroffenen Willen geführt wird.

Julia Spacil studiert Jus und Politikwissenschaft auf der Universität Wien.

Quellen:

- ¹ <https://www.heute.at/oesterreich/niederoesterreich/story/44226369>
- ² <https://www.news.at/a/frauenmorde-oesterreich-zahlen-10595056>
- ³ <https://www.puls4.com/pro-und-contra/videos/ganze-folgen/Ganze-Folgen/Mehr-Frauenmorde-als-je-zuvor-Woher-kommt-die-Gewalt>
- ⁴ <https://derstandard.at/2000096084363/Junge-Frau-tot-in-Wiener-Neustadt-gefunden-Gewalttat-vermutet>
- ⁵ <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Maedchenmord-in-Steyr-Tatmotiv-war-vermutlich-Eifersucht;art4,3083850>
- ⁶ Weidinger, Bernhard/Werner, Katharina (2017): „Finger weg von unseren Frauen!“ Männlichkeit, extreme Rechte und sexualisierte Gewalt. In: *Journal für Psychologie*, Jg. 25 (2017), Ausgabe 2, S. 153-178.
- ⁷ <https://derstandard.at/2000096888042/Kickl-stellt-Menschenrechtskonvention-in-Frage>
- ⁸ <https://kontrast.at/trotz-steigender-gewalt-an-frauen-innenministerium-stoppt-projekt-zum-gewalt-schutz>

Eine schöne Zukunft?

Die Klimakrise wird im Alltag immer spürbarer. Doch immer mehr Menschen stehen für eine Veränderung auf. Im Juni startet in Österreich ein neues Volksbegehren für eine neue Klimapolitik.

Im vergangenen Jahr sind die Treibhaus-gasemissionen in Österreich gestiegen statt gesunken. Österreich verfehlt damit die EU-Klimaziele und muss ab 2021 Emissions-Zertifikate zukaufen. Das wird Milliarden kosten, gab auch Bundesministerin Köstinger vor Kurzem zu. Aber die Klimakrise betrifft uns alle bereits jetzt. Im vergangenen Sommer hat die anhaltende Hitze vielen Landwirt_innen die Ernte gekostet, im Winter haben Muren und Lawinen ganze Landschaftsstriche verwüstet und die Hitzetoten der letzten Jahre zeigen, dass die Klimakrise auch unmittelbar Leben bedroht. Deshalb drängt sich die berechtigte Frage auf, warum wir nicht jetzt etwas tun.

EU-KLIMAZIELE WURDEN VERFEHLT. Jetzt können wir das Ruder noch herumreißen, um gemeinsam ein gutes und nachhaltiges Österreich zu bauen. Die Milliarden, die nun an die EU gehen, wären in Österreich gut investiert. Sie könnten einen Ausbau eines attraktiven, breit leistbaren öffentlichen Nah- und Fernverkehrsnetz finanzieren. Auch leistbare, erneuerbare Energie für alle wäre ein wichtiges Ziel um langfristig unabhängig von Öl, Kohle und Gas zu werden. Ölheizungen in Häusern müssen durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden. Gute Maßnahmen liegen bereits zu Hauf vor – ausgearbeitet von Wissenschaftler_innen und NGOs sind sie öffentlich zugänglich und füllen die Schubladen aller Ministerien.

Viele Menschen sind über die Jahre aufgestanden und weitere stehen jetzt auf, um gemeinsam zu zeigen, dass es diese Veränderungen braucht und sie auch mitgetragen werden. Während die Hitze- und Dürrewelle des Sommers 2018 weite Teile Europas fest im Griff hatte, passierte am 20. August 2018 etwas Bemerkenswertes. Eine 15-jährige Schülerin namens Greta Thunberg setzte sich, statt in die Schule,

vor den Schwedischen Reichstag in Stockholm. In ihrer Hand hielt sie ein Schild mit der Aufschrift: „Skolstrejk för klimatet“ („Schulstreik für das Klima“). Welch enorme Resonanz diese einzelne Geste des Ungehorsams in der ganzen Welt haben würde, war damals niemandem klar: kaum ein dreiviertel Jahr später streiken bereits Hunderttausende junge Menschen und immer mehr Erwachsene auf der ganzen Welt jeden Freitag für das Klima – „Fridays-ForFuture“ war geboren.

EIN KLEINER AKT DES WIDERSTANDS. Greta Thunberg hat mit ihrem kleinen Akt des Widerstands einen Stein ins Rollen gebracht. Mittlerweile hat sich dieser Stein zu einer regelrechten Lawine ausgewachsen. Auch in Österreich streiken jeden Freitag hunderte Schüler_innen, Studierende und Erwachsene für eine mutige und ambitionierte Klimapolitik. Am 15. März – dem ersten weltweiten Klimastreik – waren 50.000 Menschen in ganz Österreich – 1,6 Millionen in 120 Ländern der Welt unterwegs. Wenn man verstehen will, was die jungen Menschen wollen, muss man genau zuhören: „Die Klimakrise könnte schon heute gelöst sein. Wir haben schon lange alle Fakten und alle Lösungen. Alles, was wir tun müssen ist aufwachen und es ändern.“ Vielleicht schaffen die jungen Menschen so endlich, was die Wissenschaft seit Jahrzehnten verzweifelt versucht: Die Welt wachzurütteln, bevor es zu spät ist.

Was die jungen Menschen vorbringen, ist nicht neu: ein Bericht von über 600 Forschern_innen – der IPCC Bericht – hat klare Vorgaben gemacht, was passieren muss, um eine nachhaltige Zukunft zu ermöglichen. Wir sind nicht mehr weit entfernt von den 1,5°C – der magische Grenze des Pariser Abkommens. 1,5°C Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur klingt zuerst nicht viel, aber

der Unterschied zu 2°C ist ein verheerender: 23% mehr Menschen würden von extremer Hitze betroffen sein, 61 Millionen mehr Menschen von Wasserknappheit, 20 Millionen von Fluten, Korallenriffe würden weitgehend verschwinden und viel mehr Arten ihren Lebensraum verlieren. Die bisherige Erwärmung beträgt bereits 1°C. In Österreich sind es sogar bereits 2°C. Es geht also nicht darum, die Erhitzung des Planeten aufzuhalten, sondern nur mehr darum, unsere Auswirkungen auf den Planeten so klein wie möglich zu halten. Machen wir so weiter, dann werden wir 3 oder 4°C Erwärmung herbeiführen – vermutlich ein point of no return.

DIE FAKTEN LIEGEN SCHON LÄNGST AM TISCH. Um die verheerendsten Folgen abzuwenden gibt der IPCC Bericht klare Vorgaben: bis 2030 müssen Emissionen um 45% reduziert werden. Bis 2050 sollten wir nur mehr so viel Treibhausgase ausstoßen, wie auf natürliche Weise wieder aus der Atmosphäre gebunden werden können. Für dieses „net-zero“ Emissions-Szenario bleibt nicht viel Zeit. In Zukunftsszenarien werden außerdem wirkungsvolle Schritte in der Begrenzung der Klimakatastrophe beleuchtet. Es braucht ein radikales Umdenken und mutige Schritte vor allem im Verkehr, der Landwirtschaft und im Energiesektor. Schaffen wir es nicht die nötigen Maßnahmen zu setzen, bedeutet das katastrophale Folgen für die meisten Menschen und das Leben auf der Erde – auch in Österreich. Es geht nun nicht mehr um politische Einstellungen. Es geht langfristig um das Überleben, um Ernährungssicherheit, um eine lebenswerte Zukunft.

Weltweit werden deshalb immer mehr Werkzeuge in die Hand genommen, um gegen die Klimakrise vorzugehen. Mehrere Anklagen wurden gegen Staaten erhoben, die auf Kosten der Bevölkerung und

Foto: Vincent Perle



zukünftiger Generationen übermäßig Treibhausgase emittieren.

Regierungsprogramme wurden geschrieben, in einigen Ländern wurden Klimanotstände ausgerufen und Petitionen gestartet. Das Narrativ ist immer ein ähnliches: Wir müssen jetzt die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, die klimafreundliches und nachhaltiges Handeln attraktiv und kostengünstig machen, während klimaschädliches Handeln erschwert wird. In Österreich wird es bald ein Volksbegehren geben, das sich genau diesem Anliegen verschreibt. Das Klimavolksbegehren wurde im Herbst 2018 initiiert. Seitdem haben sich online, aber auch auf den zwei Klimakonferenzen in Wien und Salzburg, viele Menschen aus der Zivilgesellschaft, Organisationen und Initiativen eingebracht. Diese werden nun mit Wissenschaftler_innen aus verschiedenen Bereichen geschärft.

BESTEuerung VON TREIBHAUSGASSEN.

Eine der Maßnahmen mit dem größten Lenkungseffekt wäre eine Besteuerung von Treibhausgasen. Der Vorteil einer CO₂-Steuer ist einerseits ein Anreiz für die Industrie Emissionen zu senken, um zu hohe Ausgaben zu verhindern. Dadurch werden private Investitionen in Forschung und Ausbau von Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gefördert. Außerdem würde ein Produkt seinem „wahren“ Preis näher kommen. Bisher zahlen wir alle – in Form von gesundheitlichen Einschränkungen, Klimakrise und Extremwetter – den Preis für übermäßigen Treibhausgasausstoß. Durch einen CO₂ Preis würden diese Kosten sozusagen schon im Produkt sichtbar.

Treibhausgasemissionen zu besteuern ist keine neue Idee. Der Ökonom William Nordhaus wurde vergangenes Jahr für seine Forschung zur CO₂-Bepreisung gar mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Im IPCC-Be-

richt fällt sein Name sechs Mal. Sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) hat sich zuletzt für die Einführung einer weltweiten CO₂-Steuer zur Bekämpfung des Klimawandels ausgesprochen.

Es darf allerdings nicht bei einer reinen Besteuerung der Treibhausgase bleiben. Frankreich zeigt vor, was dann passieren würde: Die einkommensschwachen Schichten würden die Verteuerung von Produkten am meisten spüren und sie sind es auch, die meist außerhalb von Städten wohnen und auf das Auto angewiesen sind. Aber der Staat könnte mit den neu gewonnenen Einnahmen hier positiv lenken. Eine Senkung von Steuern und Abgaben auf Arbeit für niedrige und mittlere Einkommen würde diese zum Beispiel entlasten und Anreize für neue Jobs zu schaffen. Außerdem kann das Geld für den Ausbau von öffentlichem Verkehr verwendet werden, der Senkung der Ticketpreise, oder in die Förderung erneuerbare Energien investiert werden.

Das alles zeigt eines: wir können durch die Veränderungen, die es braucht, auch eine neue Vision einer Zukunft schaffen. Die Frage, die sich heute stellt, ist nicht nur, ob wir in Zukunft auf Öl, Kohle und Gas verzichten müssen, sondern auch, was wir dadurch gewinnen können. Und gewinnen können wir viel: frische, unverschmutzte Luft, gesunde Gewässer, Ernährungssicherheit, breit leistbaren und ausgebauten öffentlichen Verkehr, saubere Energie, widerstandsfähige Wälder und eine weitsichtige und funktionierende Wirtschaft. Deshalb müssen wir jetzt handeln! Gemeinsam!

Katharina Rogenhofer ist Sprecherin des Klimavolksbegehrens. Sie studierte Biologie, Zoologie sowie Biodiversity, Conservation and Management in Wien und Oxford.

Info-Box

KLIMAVOLKSBEGEHREN

Das Klimavolksbegehren wurde im Herbst 2018 initiiert. Im März 2019 übernahm Katharina Rogenhofer die Leitung des Volksbegehrens, um es auf breite Beine zu stellen. Gerade werden die Forderungen ausgearbeitet, an einem neuen Auftritt geschliffen und die Unterstützungserklärungsphase vorbereitet. Freiwilligen-Teams in verschiedenen Bundesländern unterstützen das Klimavolksbegehren bereits ehrenamtlich und leisten einen großen Beitrag zum Gelingen des Volksbegehrens. Es sollen auch weitere Regionalgruppen entstehen.

Klimavolksbegehren.at



FRIDAYSFORFUTURE

FridaysForFuture ist eine von der Jugend ausgehende Bewegung, die alle Menschen anspricht und zusammenbringt. Das Ziel der Bewegung ist die Einhaltung des 1,5°C-Ziels des Pariser Klimaabkommens und globale Klimagerechtigkeit. 26.800 Scientists for Future im deutschsprachigen Raum bestätigten zuletzt in einer Stellungnahme, dass die Sorgen der jungen Menschen um die Zukunft wissenschaftlich begründet sind. Mittlerweile solidarisieren sich mit Parents for Future, Teachers for Future, Artists for Future, Farmes for Future weite Teile der Bevölkerung mit den Zielen von Fridays for Future und schaffen eine breite, gesellschaftliche Allianz für mutige Klimaschutzpolitik.

Fridaysforfuture.at



Digitale Ausweispflicht

Unter dem Vorwand Hass im Netz bekämpfen zu wollen, plant die Regierung ein neues Machtinstrument und beschränkt das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.

Man weiß schon länger, dass Hass im Netz ein Problem ist. Das Thema hat zusätzliche Aufmerksamkeit erfahren, nach dem die ehem. Nationalratsabgeordnete Sigi Maurer die sexuelle Belästigung über Facebooknachrichten vom Account eines Biershopbesitzers öffentlich gemacht hat, weil sie sich auf Grund eines fehlenden Straftatbestands dafür nicht anders zu helfen wusste.

Die Regierung reagierte mit einem Gipfel zu Hass im Netz für den nur vier Stunden anberaumt waren, von denen zwei Stunden für eine Pressekonferenz mit Kanzler Kurz verwendet wurden. Als Ergebnis wurde ein „digitales Vermummungsverbot“ angekündigt. Jetzt gibt es einen Gesetzesentwurf zu dieser „digitalen Ausweispflicht“, der den Eindruck, dass es der Regierung nicht um Hass im Netz geht bestärkt.

WAS IST GEPLANT? Ab 2020 soll jede Webseite, die ein Forum betreibt verpflichtet werden, die Vornamen, Nachnamen und Adressen aller ihrer Nutzer_innen zu überprüfen und zu speichern bevor diese etwas posten können. So soll sichergestellt werden, dass die Nutzer_innen schnell gefunden und rechtlich belangt werden können, wenn ihnen jemand Beleidigungen oder üble Nachrede vorwirft. Der Klarnamen muss nicht, wie zuerst angedacht, zwingend öffentlich für andere sichtbar sein, die Nutzer sollen weiter Pseudonyme verwenden dürfen. Der Plattformbetreiber müsse aber wissen und speichern, welche Person hinter welchem Online-Namen steckt und wo sie wohnt.

Das Gesetz ist technikneutral formuliert, d.h. es wird nicht vorgegeben wie das technisch umzusetzen sein wird. Medienminister Gernot Blümel sprach von einer Überprüfung der Identität durch die Telefonnummer als eine Möglichkeit. Dazu würde die verpflichtende Registrierung von Prepaid-SIM-Karten passen, die 2018 im Rahmen des Überwachungspakets von der schwarz-blauen Regierung beschlossen wurde.

Betroffen sind alle Foren, die mehr als 100.000 registrierte Nutzer haben, unabhängig davon wie viele Nutzer_innen tatsächlich aktiv sind, mindestens 500.000 € Jahresumsatz oder Presseförderung von mehr als 50.000 € beziehen. Darunter fallen vor allem die Plattformen von großen Tageszeitungen wie Standard und Krone, sowie andere große Foren wie Parents.at. Auch alle großen US-Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube müssten für Österreich eine zusätzliche Funktion schaffen da z.B. Facebook zwar in den AGBs eine Klarnamenpflicht fordert, diese aber nicht bei jeder Registrierung überprüft. Nicht unter die Regelung fallen Online-Verkauf oder Tauschbörsen, Plattformen zur Vermittlung von Waren und Dienstleistungen oder Support-Foren.

Die Strafen für Forenbetreiber reichen beim ersten Verstoß bis zu 500.000 Euro, im Wiederholungsfall bis zu 1.000.000 Euro pro Einzelfall. Das bedeutet ein wirtschaftliches Risiko, dass für Forenbetreiber nicht tragbar sein wird.

Die Namen und Adressen von Nutzern müssen von den Forenbetreibern der Polizei weitergeben, wenn diese anfragt. Auch Privatpersonen bekommen ein Recht, die Daten bei einem konkreten Anlassfall verlangen. Das wird bei übler Nachrede, wegen Beleidigung oder wegen Verletzungen der Ehre möglich sein. Wenn also jemand beleidigt wurde und dies dem_der Forenbetreiber_in zur Kenntnis bringt muss dieser die Nutzer_innendaten weitergeben. Das wird wohl nicht nur für zivilrechtliche Anzeigen genutzt werden, sondern auch für Besuche bei dem Gegenüber. Fraglich ist auch wie die Forenbetreiber eine rechtliche Einordnung vornehmen können, um zu prüfen ob das Auskunftersuchen gerechtfertigt ist und sie die Daten weitergeben dürfen. Der Staat verlagert die Aufgabe der Gerichte, herauszufinden, ob etwas strafbar ist, auf private Dienstleister aus. Das ist eine Tendenz, die wir z.B. auch bei Uploadfiltern die Inhalte vor dem Hochladen auf mögliche Rechtsverstöße prüfen sollen sehen.

Sigi Maurer lehnt den Vorschlag der Regierung übrigens vehement ab und schreibt auf Twitter, dass sie nicht nur dem Hass im Netz sondern auch diesem Gesetz den Kampf ansagt und weist auch darauf hin, dass sie ihren Fall dazu missbraucht sieht, um die Freiheit von uns allen einzuschränken.

WAS SPRICHT GEGEN EINE DIGITALE AUSWEISPFICHT Schon jetzt werden die meisten Hassposts mit Klarnamen gepostet. Das Problem von Hass im Netz ist nicht die Anonymität. Das Gesetz ist so formuliert ist, dass es

vor allem die Foren der größten Tageszeitungen trifft und es aufgrund der horrenden Strafen kaum noch möglich sein wird diese Foren zu betreiben. Man versucht also ganz gezielt die Räume für demokratischen Diskurs zu beschränken und abzuschalten.

Zu rechnen ist auch mit einem Chillingeffekt, also einem geänderten Verhalten von Menschen, der nicht dem vorgegeben Ziel der Maßnahme entspricht. In vielen Fällen würden sich Personen wohl nicht mehr zu Wort melden, wenn dies anonym nicht mehr möglich ist. Viele Foren leben gerade von der Anonymität, wie etwa eines für anonyme Alkoholiker_innen. Dort könne es unter Umständen für User wichtig sein, anonym zu bleiben. Randgruppen, marginalisierte Gruppen und dissidente Stimmen werden aus dem Diskurs fallen, weil sie sich aufgrund der Angst vor Verfolgung immer stärker zurückziehen werden.

Wenn es bisher z.B. einen Bericht über Missstände in einer Firma gab, haben sich oft Menschen gemeldet, die in den Firmen arbeiten und weitere Informationen dazu im Forum der Zeitung geschrieben und unter dem Schutz der Anonymität Informationen publik gemacht. Oft führte dies zu weiteren Recherchen. Jetzt könnte die Firma die Namen und Adressen der Poster bei der Zeitung erfragen und die Person wegen Rufschädigung klagen. Viele Menschen werden sich durch die Überwachungsmaßnahme aus Foren ganz zurückziehen. Beim Standard sind, in der Woche nach dem die Pläne der

Foto: Iris Strasser

Regierung durch die Medien gingen, dreimal so viele Anfragen mit der Bitte um Löschung ihres Accounts eingelangt als sonst.

Das Ganze hat natürlich auch einen Datenschutzaspekt. Es werden die Daten aller Bürgerinnen und Bürger, die sich online äußern wollen verdachtsunabhängig, ohne konkreten Verdacht gespeichert. Das ist einerseits eine anlasslose Massenüberwachung, also eine Vorratsdatenspeicherung, andererseits wecken große Mengen an Daten Begehrlichkeiten und da es keine lückenlose Sicherheit in der IT gibt, werden sie früher oder später in die falschen Hände geraten. Außerdem verpflichtet man genau die großen Plattformen wie Facebook und Google, die man seit einiger Zeit versucht zu beschränken um ihre Übermacht zu brechen, noch mehr persönliche Daten zu speichern.

Der Schutz vor politischer Verfolgung wäre die Aufgabe des Gesetzgebers. Die Regierung müsste Vorkehrungen treffen um die Bevölkerung vor möglichen zukünftigen repressiven Maßnahmen zu schützen. Dass man jegliche Äußerungen in Foren einer Person zuordnen kann, führt aber zum genauen Gegenteil, es wäre der Datenschutz, der es einem Regime ermöglichen würde, effektiv gegen Bürger_innen mit unerwünschten Gesinnungen vorzugehen. Auch bei der Aufhebung der Vorratsdatenspeicherung hat der europäische Gerichtshof als einen Grund die historische Tatsache genannt, dass die die Nationalsozialisten nach der Machtergreifung Datensätze über Juden oder Homosexuelle zur Verfügung hatten genutzt wurden, um Menschen in Konzentrationslager zu internieren und umzubringen.

Über eine Klarnamenpflicht wurde international schon öfter laut nachgedacht, aber in kaum einem Land ernsthaft in Angriff genommen. Nur in Südkorea wurde sie 2009 eingeführt. Auch hier gab es einen Anlassfall der die südkoreanische Regierung zum Handeln brachte. Eine Bloggerin beging Selbstmord nach dem sie online massiv gemobbt wurde. Dieser emotionale Ausgangspunkt brachte die Bevölkerung dazu dieses Gesetz erst zu begrüßen. Nach dem es zu Datenleaks kam bei denen die Datensätze von 35 Millionen Südkoreanerinnen und Süd-



koreaner_innen auf dem Schwarzmarkt angeboten wurden, war aber auch die Bevölkerung mehrheitlich gegen das Gesetz. Letztlich wurde es vom südkoreanischen Verfassungsgerichtshof 2012 aufgehoben, da es die Meinungsfreiheit zu sehr einschränkte. Interessant sind auch Studien, die festgestellt haben, dass die Einführung der Klarnamenpflicht während sie in Kraft war, nur zu 0,9 Prozent weniger Hass im Netz führte. Sowohl die Wirkungslosigkeit der Maßnahme wie auch die starke Einschränkung der Meinungsfreiheit und die Datenschutzproblematik sind also auch schon an einem praktischen Beispiel belegt.

GEEIGNETERE MASSNAHMEN GEGEN HASS IM NETZ. Hass im Netz ist ein gesellschaftliches Problem, das man auch versuchen sollte, gesellschaftlich zu lösen. Expert_innen sind sich einig, wie man vorgehen sollte, wurden aber nicht berücksichtigt. Es bräuhete mehr Maßnahmen für Prävention und Agressionsbewältigung. Anders als in den Erläuterungen des Gesetzes steht ist das Internet kein rechtsfreier Raum. Mehr technisch geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei und mehr Personal in der Justiz würden der Durchsetzung des Rechts helfen.

Da die meisten Nutzer_innen heute schon problematische Inhalte unter Klarnamen schreiben oder leicht ausgeforscht werden können, würde die Möglichkeit von Verwaltungsstrafen für bis jetzt nicht strafbare Handlungen wie im Fall der Belästigung über private Nachrichten bei Sigi Maurer, die schnell verhängt werden können mehr am Verhalten ändern.

Der zu Recht umstrittene Entwurf liegt noch bis zum 23. Mai zur öffentlichen Begutachtung auf. In dieser Zeit sind Stellungnahmen von Stakeholdern, Vereinen, Behörden und Betroffenen möglich. Auch epicenter.works arbeitet an einer Stellungnahme. Anschließend werden vielleicht noch Änderungen eingearbeitet, bevor der Nationalrat über das Gesetz abstimmt.

Daniel Lohninger hat Informations- und Kommunikationspädagogik studiert und ist bei epicenter.works als Regional Koordinator für die Steiermark und als Ansprechpartner für Datenschutz im Bildungsbereich tätig.

Info-Box

epicenter.works ist die führende österreichische NGO für die Stärkung von Grund- und Freiheitsrechten im digitalen Zeitalter. Der spendenfinanzierte Verein engagiert sich gegen die Ausweitung staatlicher Überwachung, für das Grundrecht auf Datenschutz und für ein freies, offenes Internet. Schon in der Gründungszeit mobilisierte der Verein (damals noch als AKVorrat – Arbeitskreis Vorratsdaten Österreich) über 100.000 Menschen, und erreichte 2014 die Aufhebung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung durch den Europäischen Gerichtshof. Seitdem ist *epicenter.works* ein kritischer Begleiter aller Vorhaben zur Ausweitung behördlicher Überwachungsbefugnisse. Seine Expertinnen und Experten zeigen die Auswirkungen von netzpolitischen Gesetzen auf, und erarbeiten konkrete grundrechtskonforme Lösungsansätze. Zivilgesellschaft wirkt!

Weitere Infos findest du auf unserer Webseite www.epicenter.works



Ukraine

Der Präsident aus der Fernsehshow

Präsidentschaftskandidat Wolodymyr Selenski gewann die Stichwahl sensationell. Wofür der politisch unerfahrene Schauspieler steht, weiß allerdings noch niemand.

„Schaut auf uns! Alles ist möglich!“ Mit diesen Worten wandte sich Wolodymyr Selenski nach seinem fulminanten Wahlsieg an die Bewohner_innen anderer Ex-Sowjetländer, vor allem aber an die eigene Bevölkerung. Mit mehr als 73 Prozent der Stimmen entschied der 41-Jährige die Präsidentschafts-Stichwahl vom Ostersonntag für sich, so eindeutig wie kein ukrainischer Präsident vor ihm. Noch am Wahlabend hat sein Konkurrent, Noch-Amtsinhaber Petro Poroschenko, seine Niederlage eingeräumt. Das Ergebnis (Wahlbeteiligung: 62 Prozent) ist ein gewaltiger Vertrauensvorschuss für Selenski, der politisch ein unbeschriebenes Blatt ist und dessen Agenda noch völlig unbekannt ist.

VON DER SERIE ZUR REALITÄT. Bekannt wurde der Schauspieler durch seine Rolle in der immens populären Serie „Sluga naroda“ („Diener des

Volkes“), in der er einen Geschichtelehrer aus einfachen Verhältnissen spielt, der es unverhofft zum ukrainischen Präsidenten schafft. Nun ist Selenski auch im realen Leben der höchste Mann im Staat. „Dass er gewinnen wird, hat sich seit einigen Wochen schon abgezeichnet. Dass es aber mehr als 70 Prozent werden, ist absolut außergewöhnlich“, sagt Tatiana Zhurzhenko, gebürtige Ukrainerin und Politikwissenschaftlerin an der Universität Wien.

Auch Juri Durkot, Publizist und Journalist in Lwiw (Lemberg), war überrascht vom so hohen Erfolg bereits in der ersten Runde: „Mit Yulia Tymoshenko gab es eine hochkarätige Herausforderin, die lange Zeit in den Umfragen vorne lag. Viele Stimmen hat Selenski erst in den letzten zwei Monaten gewonnen, als ihm zwei Skandale in die Hände spielten.“ Einerseits war

das die Bereicherung eines Parteifreunds von Poroschenko beim Kauf von Ersatzteilen für Waffensysteme. Andererseits die höchst umstrittene Entscheidung des Verfassungsgerichts, die Beweislast bei Beamten_innen, die über ihre Verhältnisse leben, umzukehren: Der Beamte mit fünf Mercedes und zehn Grundstücken musste früher beweisen, dass er das alles legal erworben hat -- nun aber liegt die Beweislast beim Anschuldiger.

Dass Selenski so hoch gewonnen hat, erklärt sich die Politikwissenschaftlerin Zhurzhenko mit der großen Verdrossenheit seit der Euromaidan-Revolution vor fünf Jahren, die Selenski geschickt ausgeschlachtet hat. Die Einwohner_innen des drittärmsten Land Europas mit einem Durchschnittslohn von rund 300 Euro seien müde geworden: Müde von der Korruption, von den Oligarchen und

vom Krieg, der nach wie vor am Donbass tobt und bereits mehr als 13.000 Todesopfer gefordert hat. Fast täglich werden es mehr und es ist kein Ende in Sicht. Auch das 2015 ausgehandelte Minsk II-Abkommen brachte keinen Frieden und liegt längst auf Eis.

ENTTÄUSCHENDE REVOLUTIONEN. „Die Wähler_innen waren enttäuscht von Poroschenko und hatten das Gefühl, es könne so nicht mehr weitergehen. Viele meinten, die Korruption sei größer als noch vor den Euromaidan-Protesten, was aber nicht stimmt“, sagt Durkot. Selenski habe sich im Wahlkampf keine Fehler erlaubt und dank Social Media auch junge Wähler_innen erreicht. „Letztlich ist sein Sieg aber auch ein Scheitern der jungen Euromaidan-Revolutionäre, die es nicht geschafft haben, einen Kandidaten und eine Partei auf nationaler Ebene aufzubauen“, sagt der Publizist.

Dass Selenski kein konkretes Programm präsentiert hat, sei Kalkül gewesen, denn so habe er aus allen Wählerkreisen mit teils widersprüchlichen Interessen fischen können. Wie eine Analyse des Kiewer Rasumkow-Zentrums zeigt, befürworten 47 Prozent seiner Wähler_innen eine freie Marktwirtschaft, 41 Prozent wollen allerdings mehr staatliche Kontrolle. Auch im zukünftigen Verhältnis zu Russland gehen die Ansichten seiner Unterstützer_innen stark auseinander. Selenski hat jedenfalls angedeutet, sowohl den EU- wie auch den NATO-Beitritt zu forcieren, was beides von den Ukrainer_innen mittlerweile mehrheitlich befürwortet wird – im Falle der NATO jedoch nur knapp und erst seit dem Krieg am Donbass. Zumindest im Fall des NATO-Beitritts wolle er aber eine Volksabstimmung machen, sagt Selenski.

„Selenski hat alles Mögliche versprochen, auch ein Ende des Kriegs. Doch wie bei allen anderen Themen hielt er sich vage und blieb konkrete Antworten schuldig“, sagt Nadiia Koval, Außenpolitik-Expertin am Kiewer Thinktank „Ukrainian Prism“, die kürzlich auf Einladung des Karl-Renner-Instituts in Wien war. Entscheidend werde die Reaktion Russlands auf Selenskis ausstehende Richtungsentscheidung sein, mehr noch die ukrainische Parlamentswahl in einem halben Jahr.

SCHMUTZIGER WAHLKAMPF.

Fürs Erste überwiegt aber die Erleichterung: Ein routinemäßiger Wechsel des Staatsoberhaupts infolge demokratischer Wahlen ist in der Ukraine keineswegs selbstverständlich. Gekaufte Stimmen, Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung und die Einschüchterung von Kandidaten waren mehr die Regel als die Ausnahme. Präsident WWiktor Yanukowych (2010-2014) wurde im Zuge der Euromaidan-Proteste aus dem Amt gejagt. Seine Privatresidenz am Rand von Kiew dient seither als bizarres Volksmuseum der Korruption, inklusive vergoldeten Klobürsten und eigenem Zoo. WWiktor Yushchenko wiederum wurde im Wahlkampf 2004 Opfer eines Dioxin-Angriffs, den er

nur knapp überlebte. Der Wahlkampf diesmal war zwar schmutzig, die Wahlen aber, anders als früher, fair und transparent – auch wenn Inhalte großteils außen vor blieben.

Selenski ist Medienprofi, beherrscht Social Media im Schlaf und landete bereits mit seinem Einstieg auf die politische Bühne einen Clou: Just am 1. Jänner, an dem die kriegs- und krisengebeutelte Nation auf die Neujahrsrede des amtierenden Präsidenten wartete, verkündete Selenski seine Kandidatur übers Fernsehen. So stahl er Poroschenko die Show und tat es bis zuletzt, als er auf dessen Wunsch zwei Tage vor dem Wahltag zum ersten Mal persönlich gegen ihn antrat. Das Duell im Kiewer Olympiastadion, das einzige Aufeinandertreffen der beiden Kandidaten, wurde in mehreren TV-Sendern übertragen und geriet zu einer Schlammenschlacht und zum gegenseitigen Anpatzen mit Vorwürfen. Selenski kam als Herausforderer etwas besser davon, politische Inhalte blieben aber einmal mehr aus. „Dabei kann Poroschenko durchaus auf große Erfolge verweisen: Die abgeschaffte Visapflicht für Ukrainer in der EU, eine stabilisierte Währung, ein Vermeiden des Staatsbankrotts sowie Reformen in Korruptionsbekämpfung, Gesundheitssystem und Energieversorgung zählen zu seinen größten Verdiensten“, sagt Koval.

WAS WURDE EIGENTLICH AUS DER KRIM?

In Sachen Menschenrechten gebe es spürbare Verbesserungen in den letzten Jahren, bescheinigt der Freedom House Bericht, der der Ukraine 60 von 100 Punkten („Partly Free“) im „Freedom Score“ attestiert. Zum Vergleich: Österreich trägt das Rating „Free“ bei 93 Punkten, Russland hält bei 20, China bei 11 Punkten. Eine Verbesserung konstatiert auch Alena Lunova, die als Advokatin für Menschenrechte beim Kiewer Human Rights Center ZMINA arbeitet. „Vor allem im Donbass und auf der Krim gibt es noch große Probleme, insbesondere bei der persönlichen Bewegungsfreiheit und auch beim Wahlrecht“, sagt Lunova. Ein großes Problem in der Region

ist Armut, die verbunden mit administrativen Hürden und erschwerten Ausreisebedingungen besonders Ältere und wenig mobile Menschen trifft. Eine staatliche Pension der Ukraine etwa bekommen im Kriegsgebiet im Donbass („temporarily occupied territories“) nur all jene, die eine Bestätigung haben, eine Internally Displaced Person (IDP) zu sein. Für diese Bestätigung muss man aber nach Kiew und sich mehrere Monate lang mit den Behörden herumschlagen – wegen fehlender Dokumente und administrativer Schikanen.

Auch auf der Krim gestaltet sich die Situation mühsam. „Die Ukraine erkennt Krim-Bewohner_innen nicht mehr als Ukrainer_innen an, selbst wenn sie einen ukrainischen Pass haben.“ Sie haben zwar Anspruch auf eine ukrainische Pension oder andere Sozialhilfen, aber nur dann, wenn sie beweisen können, dass sie keine russische Staatsbürgerschaft erhalten haben und keine Pension von Russland beziehen. „Weil diese Nachweise schwer zu erbringen sind, beziehen aktuell nur 53 (!) Pensionist_innen auf der gesamten Krim eine staatliche Pension von der Ukraine“, sagt Lunova. Bei 350.000 ethnischen Ukrainer_innen und insgesamt 2,3 Mio. Bewohner_innen der Krim müssten es natürlich deutlich mehr sein, selbst wenn die Mehrheit eine russische Pension beziehen sollte. Lunova und die Kolleg_innen ihrer Menschenrechtsorganisation hoffen, dass das Parlament demnächst einen vereinfachten Weg für Krim-Bewohner_innen, die ukrainische Staatsbürgerschaft zu erlangen, beschließen wird.

HOUSE OF CARDS IN KIEW. Was die Medienfreiheit betrifft, hat sich die Situation deutlich verbessert, berichtet der freie Journalist Durkot, sowohl verglichen mit der Präsidentschaft von Yanukowych (2010-2014), als auch im Vergleich zu den ersten beiden Kriegsjahren, als mehrere Journalisten im Kriegsgebiet ums Leben gekommen waren. Es gebe weitgehend freie weitgehend Medien und einen gewissen Pluralismus, auch seien investigative

Journalist_innen nicht mehr so gefährdet wie früher. Allerdings wurde der Fall des Weißrussen Pawlo Scheremet, der im Juli 2016 durch eine Autobombe im Zentrum Kiews getötet wurde, bis heute nicht geklärt.

Das frühere Staatsfernsehen ist, nach einer geglückten Reform von Poroschenko, mittlerweile ein unabhängigeres öffentlich-rechtliches Fernsehen geworden, wenn auch nur mit bescheidenen Quoten. Anders die Situation bei den Privatsendern: „Die meisten großen Sender gehören Oligarchen. Sie sind in erster Linie als PR-Abteilungen der Unternehmen entstanden, die Nachrichten waren dabei nur ein Nebenprodukt“, sagt Durkot. Bei den Zeitungen sei die Diversifizierung viel größer, es gibt auch qualitativ gute Zeitungen und Magazine, wenn auch nicht in der Größe einer überregionalen Zeitung wie etwa der FAZ oder Süddeutschen. „Das Internet ist nach wie vor frei, man hat es, trotz Versuchen von Yanukowych, nie unter die Kontrolle der Regierung bringen können“, sagt Durkot. Es gibt also durchaus positive Entwicklungen, an die Selenski hoffentlich anknüpfen wird können.

Wenn alles planmäßig läuft, könne dieser jedenfalls den nun erhaltenen Schwung mit in die Parlamentswahl nehmen. Noch steht keine Bewegung hinter ihm, doch ihm bleibt ein halbes Jahr, um sich politisch zu organisieren. Bis dahin braucht er, wenn schon keine Ideologie, dann zumindest ein Programm und eine Parteistruktur. Beides werde derzeit hinter verschlossenen Türen intensiv diskutiert, ist sich Koval sicher. Die ukrainische Politik bleibt, nach zwei Revolutionen in nur 15 Jahren und einer steilen Präsidentenkarriere wie direkt aus „House of Cards“, weiterhin enorm spannend.

Florian Bayer (28) studierte Journalismus & Medienmanagement, Globalgeschichte sowie Philosophie und ist freier Journalist in Wien.

progress

zu Hause lesen

EINFACH ONLINE



Studentischer Journalismus auf hohem Qualitätsniveau. Wir pflegen einen kritischen, qualitativ-journalistischen und progressiven Zugang zu Bildung, Politik und Kultur. Wir sehen uns den Leitlinien der aktuellen ÖH-Exekutive verpflichtet, sind jedoch in unserer redaktionellen Arbeit nicht weisungsgebunden.

progress-online.at

FEUILLETON



„Heimat ist da, wo man sich aufhängt“

**Zum Begriff *Heimat* und seiner aktuellen Rezeption durch die Linke.
Eine Kritik am Versuch zu retten, was nicht zu retten ist.**

„Heimat beschützen“ prangert in dicken, weißen Lettern auf einem Plakat. Im Hintergrund umgibt sich eine Frau mit mehreren Kindern. Die Buben und Mädchen – allesamt blond – tragen Trachten. Die Frau in der Bildmitte scheint den Kindern bei den letzten Feinadjustierungen behilflich zu sein. Sie lächelt. Was klingt wie einem feuchten Traum der neofaschistischen Identitären entsprungen war tatsächlich ein Wahlplakat der Salzburger Grünen. Im Rahmen der Landtagswahl 2018 warben sie damit um die Stimmen der Salzburger Bevölkerung. Die Frau auf dem Plakat ist die damalige grüne Spitzenkandidatin Astrid Rössler, in der Bildunterschrift wirbt sie „für mehr Zusammenhalt und Menschlichkeit“.

In den sozialen Medien fielen die Reaktionen auf das Sujet äußerst heftig aus. Nicht wenige der Kommentierenden fühlten sich ob der Wortwahl eher an Parteien (weit) rechts der politischen Mitte erinnert. Nicht ohne Grund, wurde selbiger Slogan laut der Tageszeitung *Der Standard* auch schon von der FPÖ Kärnten verwendet.¹ Rössler versuchte das Plakat anschließend zu rechtfertigen. Man wolle „den Heimatbegriff nicht länger von rechten Parteien vereinnahmen lassen“. Damit reihte sich Rössler nahtlos in den aktuellen Tenor der Heimatliebe ein. Wer sich etwas eingehender damit beschäftigt sollte schnell merken: der (kulturelle) Heimatbegriff ist seit jeher ein Kampfbegriff der Rechten und setzt unmittelbar die Möglichkeit voraus, das bzw. die „Andere(n)“ auszuschließen.

IDENTITÄRE ÜBERNAHME. Als sich der Begriff „Heimat“ im Mittelalter zu etablieren begann, handelte es sich vorerst noch um eine rein rechtliche Kategorie. Den sozio-ökonomisch schlechter gestellten Einwohner_innen wurde durch die Verleihung des sogenannten „Heimatrechts“ die Unterstützung der jeweiligen Gemeinde zugesichert. In seiner ursprünglichen Form stand der Begriff also für die Integration und Absicherung sozial benachteiligter Personen – etwa verwitweter Frauen – in die (Dorf-)Gemeinschaft. Die jeweilige Gemeinde wurde für die betroffene Person damit zur „Heimatgemeinde“. Die „Heimat“ war in diesem Sinne allerdings kein

geographisch unveränderbarer Ort, sondern konnte – ganz im Gegenteil zur heute verbreiteten Konzeption – auch gewechselt werden. Das begann sich im 18. Jahrhundert zu ändern, als sich die Begriffsdefinition von einer sozio-ökonomischen zu einer kulturellen zu verschieben begann. Der Heimatbegriff wurde nun zunehmend mit dem Geburtsort und den dort vorherrschenden, kulturellen (Lebens-)Bedingungen verknüpft. Laut dem deutschen Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn wurde Heimat fortan mehr und mehr als „bestimmbare und festgefügte geographischer Raum mit regionalen und kulturellen Besonderheiten“² definiert. In Deutschland korrelierte die ideologische Aufladung des Begriffes zeitlich sehr stark mit dem Aufkommen des Konzepts der Nation und der Herausbildung einer deutschen nationalen Identität. Der Begriff entwickelte sich damit konstant in eine Richtung, in welcher die ideologische Komponente den realen Nutzen für die jeweilige Person immer stärker in den Hintergrund drängte. Anstelle des individuellen Angebots der sozial-ökonomischen Sicherheit trat eine, „die Vergemeinschaftung und kollektive Identität fördernde Ideologie“. Während man Ersteres naturgemäß ablehnen oder ablegen konnte, galt das für Letzteres nicht mehr.

„WO DER HIRSCH RÖHRT“³ Während der Begriff „Heimat“ im politischen Diskurs lange keine oder zumindest eine äußerst marginale Rolle spielte, scheint er seit einiger Zeit geradezu omnipräsent und quer durch alle politischen Lager vertreten zu sein. Es scheint allgemeiner Konsens, dass es so etwas wie „Heimat“ gibt und diese auch gebraucht wird. Kaum jemand kommt hingegen auf die Idee, das Konzept als Ganzes in Frage zu stellen. Welch absurde Blüten diese Hochkonjunktur des Begriffs tragen kann, zeigt etwa ein Blick nach Deutschland, wo Innenminister Horst Seehofer im Jahr 2018 ein „Heimatministerium“ ins Leben rief. Ein kurzer Blick auf die Kompetenzen dieses Ministeriums lässt schon erahnen, dass das Wort „Heimat“ auch hier in erster Linie propagandistischen Zwecken dienen soll. So handelt es sich bei den Zuständigkeiten des Ministeriums – etwa der Stärkung kommunaler Selbstverwaltung oder der Angleichung der Lebens-

verhältnisse zwischen Ost- und West-Deutschland – um konkrete politische Ziele, die durchaus auch als solche benannt werden könnten.

Lange Zeit wurde der Begriff „Heimat“ politisch fast ausschließlich von Vertreter_innen des einschlägigen rechten bzw. rechtsextremen Lagers strapaziert. Von der selbsternannten „sozialen Heimatpartei“ FPÖ bis zur deutschen Neonazigruppe „Thüringer Heimat-schutz“ wird bzw. wurde sich gerne auf den jeweils angeblich einzigartigen und sogleich von außen bedrohten Sehnsuchtsort bezogen. Erst mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien begann sich der Begriff zunehmend in der politischen Debatte zu etablieren. Nicht nur die bürgerliche Mitte, selbst viele (im Selbstverständnis) linke Parteien und Einzelpersonen rückten plötzlich aus, um den Heimatbegriff vor einer vermeintlichen Übernahme durch die Rechten zu verteidigen. So gab der DIE LINKE Politiker und Ministerpräsident des deutschen Bundeslandes Thüringen (Thüringen? Heimat? Da war doch was ...) Bodo Ramelow zu Protokoll, er lasse sich seine Heimat „von keinem Nazi wegnehmen“⁴. Er argumentierte damit ähnlich wie die eingangs erwähnte Salzburger Grünen-Politikerin Astrid Rössler, die den „Heimatbegriff nicht rechten Parteien überlassen“ will. Anstatt den Begriff als solches zu kritisieren, wird versucht ihn mit vermeintlich alternativen Bedeutungen aufzuladen.

RETROTOPIA. Das Wiederaufkommen des Heimatbegriffs verkörpert relativ anschaulich jenes Phänomen, das der 2017 verstorbene Soziologe Zygmunt Bauman in seinem Buch *Retrotopia* beschreibt: die Sehnsucht nach der Rückkehr in eine romantisierte Vergangenheit, zu einem Ideal, das so nie existiert hat. Sind wir ihr einmal entflohen verblasen die Tristesse und Enge der ländlichen Heimatgemeinde in unserer Erinnerung ebenso schnell wie der quälende Schulalltag oder die Konflikte im Elternhaus. Dieses Verlangen nach einer Rückkehr in vermeintlich bessere Zeiten wird – nicht zuletzt mit Blick auf die Globalisierung und das unerfüllte Glücksversprechen der bürgerlichen Gesellschaft – oft mit einem Gefühl der Entwurzelung und Unsicherheit assoziiert. Die Forderung nach einem Erhalt des Status



Foto: Sarah Langoth

Quo oder gar einer Rückkehr zu etwas nie Dagewesenem steht nicht nur in radikaler Opposition zu den rasanten Veränderungen der heutigen Gesellschaft, sondern auch im Gegensatz zu jeglichen Emanzipationsbestrebungen. Denn wer althergebrachten Traditionen und Wertvorstellungen unhinterfragt übernimmt, anstatt auf kritisches Denken und Selbstreflexion zu setzen, wird nicht im Stande sein, bestehende Zwänge und Unterdrückungsmechanismen zu überwinden. Bildlich manifestiert sich das auch im erwähnten Sujet der Salzburger Grünen. Ohne den idealisierten und romantisierten Bezug auf eine vermeintlich ursprüngliche Lebensart der eigenen Ahnen und Urahnen würde wohl kaum jemand auf die Idee kommen, sich in ein Dirndl oder eine Lederhose zu zwängen. Schon gar kein Kind. Welche Gefühle mit einer solchen Bildsprache befriedigt werden sollen, dürfte relativ klar sein. Immerhin vermisst man in dem Bild auch jene Dinge komplett, die von Bürgerlichen und/oder Linken gern ins Feld geführt werden, wenn es um angebliche Gegenentwürfe zum rechten Heimatbegriff geht. Von Vielfalt, Integration und Diversität fehlt jede Spur.

ALLEN EIN ZUHAUSE, NIEMANDEM EINE HEIMAT! Wie es so oft bei nicht eindeutig definierten Begriffen der Fall ist, wird auch jener der „Heimat“ durchaus unterschiedlich verwendet. Während Heimat für die eine der Geruch des Elternhauses ist, ist es für den anderen vielleicht der Geschmack einer Münchner Weißwurst. Gegen solch individuelle Gefühle ist erst einmal auch nur bedingt etwas einzuwenden. Problematisch wird es vor allem dann, wenn der Begriff als kollektives

Identitätsangebot Einzug in den politischen Diskurs hält. Dort dient er nämlich seit Jahrhunderten als Deckname für Ausgrenzung, Nationalismus und völkisches Denken.

Gerade die Tatsache, dass der Begriff nicht klar definiert ist, macht ihn so gefährlich. Was „Heimat“ ist, bestimmen nicht Institutionen oder Paragraphen, sondern die Mehrheit der Bevölkerung. Mit „Heimat“ kann alles gemeint sein und gleichzeitig nichts. Was sie hingegen – zumindest im politischen Diskurs – stets beinhaltet, ist die Vorstellung einer gewissen Homogenität bzw. einer allgemein anerkannten Lebensweise. Wie der deutsche Soziologe und Journalist Thorsten Mense prägnant formuliert, kann „Heimat“ nur unter der Prämisse bestehen, dass es Menschen gibt, die davon ausgeschlossen werden können. Das bekommen Menschen zu spüren, die sich nicht den vorgegebenen Lebensweisen unterwerfen wollen. Oft sind das beispielsweise Personen, deren Sexualität, politische Einstellung oder Religion von jener Lebensweise abweicht, die von der Mehrheit als „traditionell“ definiert und anerkannt wird.

Dass es den Begriff dabei gar nicht brauchen würde zeigt schon allein die Tatsache, dass sehr viele Sprachen ihn in dieser Form gar nicht kennen. „Heimat, dies ist ein in keine andere Sprache übersetzbares Wort“ prahlte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl am „Tag der Heimat“ 1984 und hatte damit wohl nicht ganz unrecht. Momentan scheinen jedoch selbst große Teile der Linken nicht in der Lage einen Gesellschaftsentwurf zu formulieren, der ohne „Heimat“ auskommt. Das heißt nicht,

dass das Verlangen nach Geborgenheit und sozialer Sicherheit nicht ernst genommen werden soll. Ganz im Gegenteil. In einer Zeit, in der immer mehr Menschen mit einem Gefühl des Kontrollverlusts und der Entfremdung kämpfen, gilt es als politische Bewegung natürlich Antworten darauf zu finden. Aber eine linke Antwort auf soziale Unsicherheit kann sich nicht aus reaktionärer Kategorien wie dem Konzept „Heimat“ speisen. Viel mehr sollte versucht werden, ausgrenzenden Ideologien und Überlegenheitsphantasien eine emanzipatorische Perspektive entgegenzusetzen. Denn die Verwendung solcher Kategorien gräbt rechten Positionen nicht das Wasser ab, sie legitimiert sie.

Vincent Perle studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Quellen:

- ¹ <https://derstandard.at/2000077612982/Gruenen-Chefin-Roessler-Heimatbegriff-nicht-rechten-Parteien-ueberlassen>
- ² https://www.idz-jena.de/wsddet/heidegger-fuer-halbgebildete-identitaere-heimatideologie-zwischen-fiktion-und-propaganda/?fbclid=IwAR2YuWASsh3Tp6NzGA0kM2leFXlffkBOq_sF_MVSFTc62aqR0nR8Td_G7JY
- ³ Franz Dobler (1994): *Bierherz*
- ⁴ https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_83367050/bodo-ramelow-laesst-sich-die-heimat-von-keinem-nazi-wegnehmen-.html

ANTI-KAPITALISMUS, KOKS UND NYLONSTRÜMPFE



„Ich bin ein Feind des Kapitalismus. Ich bekämpfe ihn“. Man kann viel über Jean Ziegler sagen, aber warme Worte sind nun wirklich nicht das Seine. Da macht er auch gegenüber seiner Enkelin keine Ausnahme. Der Kapitalismus ist eine „kannibalische Weltordnung“ – und in dieser will er auch

beschrieben werden. In ungeschönter Brutalität und Blutrünstigkeit. Um seiner Enkeltochter Zorah die menschenfeindlichen, mörderischen Entartungen dieser Wirtschaftsweise näher zu bringen, holt Ziegler auf 127 Seiten zum anti-kapitalistischen Rundumschlag aus – und alles aus der Mottenkiste, was sich der unerbittlichen „Logik des Kapitals“ entgegenstellen lässt: Karl Marx, Immanuel Kant, Pierre Bourdieu, Pablo Neruda, den Papst – und ein

paar Nylonstrümpfe aus der Nachkriegszeit. „Jean“, wie Zorah in durchwegs nennt, geleitet seine Enkeltochter anhand der inhärenten Widersprüche durch die Entstehungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise: Wo unfassbarer Reichtum entsteht, entsteht auch Leid. Hier, wo der Wohlstand keine Grenzen kennt, und dort, wo die grenzenlose Zerstörung wütet. Ziegler schafft es, durch zahllose Beispiele, die sonst so komplex erscheinenden ökonomischen und gesellschaftlichen Wirkweisen des Kapitalismus in einer Art und Weise zu erklären, die auch seiner Enkeltochter zugänglich ist – und somit auch einer Vielzahl Leser_innen. Und auch, wenn er an manchen Stellen mit der Reduktion der Komplexität übers Ziel hinausschießt, hat das Buch auch für jene etwas anzubieten, die vielleicht zu den „Erfahrenen“ unter den Kapitalismuskritiker_innen zählen.

Sich durchwegs – und stets erhellend – an den kapitalistischen Widersprüchlichkeiten abarbeitend führt er ein ins Grundvokabular marxistischer

Termini und liefert ebenso Handwerkszeug für die abendliche Stammtischrunde. Die erhellendste Einsicht, die Ziegler den Leser_innen bietet, ist mit Sicherheit jene, dass sich kapitalistische Ausbeutung und Zerstörung nicht auf „Neid“ oder „Gier“ von ein paar „koksenden Tradern“ zurückführen lässt: Ausbeutung und Zerstörung sind dem Kapitalismus inhärent, seine Herrschaft ist eine Abstrakte – der auch die vermeintlich Herrschenden unterworfen sind. Ziegler schließt: „Der Kapitalismus lässt sich nicht reformieren. Man muss ihn zerstören“. Wir, als globale Zivilgesellschaft, haben die „Pflicht zur Revolte“.

Jean Ziegler: Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin. Bertelsmann 2019, 15,50 Euro, 127 Seiten

Johannes Gress (24) studiert Politikwissenschaft an der Uni Wien und lebt als freier Journalist in Wien.

Film-Rezension

AUF LEBSCHI BEI DEN HACKLER_INNEN



Die Dokumentation „Inland“ zeigt die Geschichten der selbsternannten „letzten Wiener Hackler_innen-Generation“. Ulli Gladick begleitet drei Protagonist_innen zwei Jahre lang – von den Bundespräsidenten-Neuwahlen bis zur neuen Regierung. Enttäuscht von „denen da oben“

wandten sich die Darsteller_innen in politisch turbulenten Zeiten der FPÖ zu.

Herr Chalupetzki ist Gemeindebediensteter und „wird das auch sein Leben lang bleiben.“ Als „Ziegelböhm“ wurde er als Kind beschimpft, doch damals war das sowieso anders. Seine Eltern, die haben sich integriert, die waren richtige Arbeiter_innen. Und die SPÖ war eine richtige

Arbeiter_innenpartei. Ähnlich ist das bei Frau Meyer, Kellnerin im Café Florida an der Ottakringer Straße wo noch ein Wurlitzer steht und ein Rapid-Schal im Fenster hängt. Auch sie ist sozialistisch aufgewachsen. Doch nun hört sie von ihren Gästen von hohen Mieten und unfairer Verteilung.

Hinter der Kamera stellt Ulli Gladick, keinen Genierer habend, clevere Fragen an ihre Interviewpartner_innen. Inspiration dafür wurde sicher bei Elizabeth T. Spira geholt, wenn auch durch die längere Begleitung der Charaktere mehr Tiefen in den Gesprächen entstehen. „Die Auswahl der Protagonist_innen hat viel Zeit in Anspruch genommen“, erzählt die Regisseurin bei der Premiere des Films auf der Diagonale „auch aus Angst vor Zur-Schau-Stellung.“ Doch wer sich „Inland“ in Ruhe anschaut, wird durchaus Empathie mit den Protagonist_innen haben können, die oft Klischee-Meinungen vertreten. An manchen Stellen kratzt der Film dennoch am Voyeurismus – so stehen

die drei Protagonist_innen bewusst als pars pro toto für ein ganzes Milieu.

Das „Doku-Dilemma“, bei dem Umwelt- oder Sozial-Dokus immer nur diejenigen sehen, die eh schon der selben Meinung sind, fällt bei „Inland“ weg – die Doku richtet sich bewusst an feuilletonistische Kinogeher_innen. „Ich wollte einen Film machen, bei dem endlich wieder miteinander geredet wird.“, so Gladick. Denn ganz unter uns, sogar politische Gespräche mit der eigenen Verwandtschaft tut sich fast niemand mehr an. Während des Diagonale-Screenings war ein Stammgast aus dem Café Florida im Saal: „Auch bei mir haben sich während des Drehs mit Ulli viele neue Einsichten ergeben.“, erzählte er.

Am 02. Mai hat „Inland“ Premiere in Wien.

Elena Zeh studiert Journalismus und Medienmanagement.

Theater-Rezension

„ICH LIEBE DICH, ABER ICH HASSE WAS DU SAGST“



Eva Hofer spielt eine Mutter, die nachzuvollziehen versucht, wie ihr Sohn ein Identitärer werden konnte, wo sie doch laut ihm eine „zu spät geborene 68erin“ sei. Die Geschichten über den früher so lieben Bub lassen erkennen, dass jede_r radikalisiert werden kann. Diese Anekdoten bringen diesen

Menschen näher, der mir auf persönlicher Ebene und auch in diesem Stück so fern und fremd ist.

Hofer trägt ein abgeficktes Pandakostüm, ihre Stimme kommt aus Lautsprechern: Ihre Mimik bleibt

verborgen, ihre Stimme kommt aus der falschen Richtung. Es ist viel Distanz da, obwohl man als Zuschauer_in maximal in der zweiten Reihe sitzen kann. Der Text ist dicht gewoben: Er verliert nie an Zug und umreißt präzise die Gefühlslage – u.a. Schock und Fassungslosigkeit – der Angehörigen von Radikalisierten. Er ist wie in Strophen gegliedert und jede hat ihre eigene Rhythmik. Zum Schluss nimmt Hofer den Kopf ihres Pandakostüms ab, auch das Mikro. Das was folgt, ist durch die bisherige Distanz umso einprägsamer. Ruhig wendet sie sich direkt an ihr Publikum und erzählt von den „Er-rungenschaften“ der Rechten während der letzten vier, fünf Jahre. Mitschuld seien auch die Linken, denn man habe die Rechten für dumm gehalten. Da habe man sich verkalkuliert, denn die neue Rechte ist nicht dumm. Fassungslosigkeit und Betroffenheit liegt in Hofers Stimme. Der Bühnenraum ist so hell

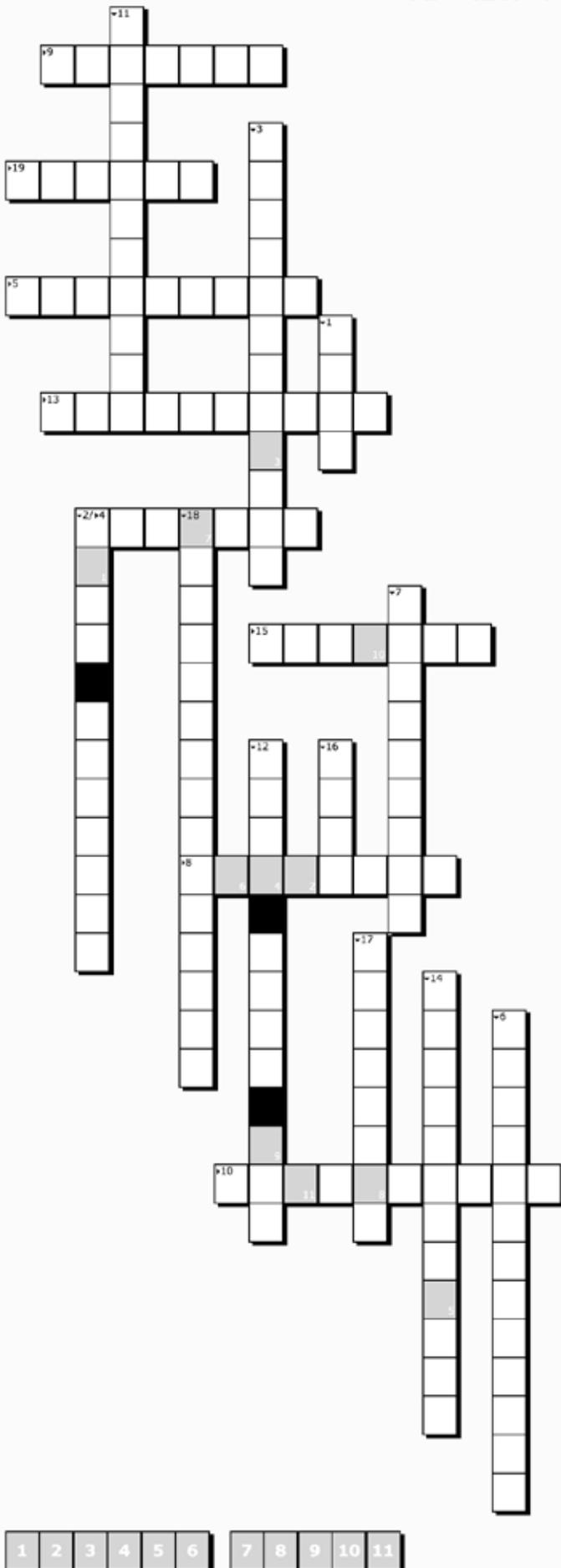
ausgeleuchtet, dass das Publikum neben Hofer auch die anderen Zuschauer_innen sieht. Manche schauen Hofer gar nicht mehr an und lassen die Köpfe hängen, andere scharren unruhig mit den Füßen. Die meisten Zuschauer_innen sind ebenso fassungslos und betroffen wie ich. Fazit: Beeindruckende One-Woman-Show, die mit dichtgewobenem Text tieferschürfende Fragen stellt, Antwortversuche gibt und viel mehr als zwei Termine verdient.

„Sohn. Angenommen, du bist die Mutter eines Radikal“ von Eva Hofer und Ed. Hauswirth, Theater im Bahnhof in Kooperation mit Werk X-Petersplatz, Premiere: 14. März 2019

Julia Gramm, abgeschlossenes Bachelor-Studium der Theater-, Film- und Medienwissenschaft, aktuell im anschließenden Master.

Sommer-Rätsel

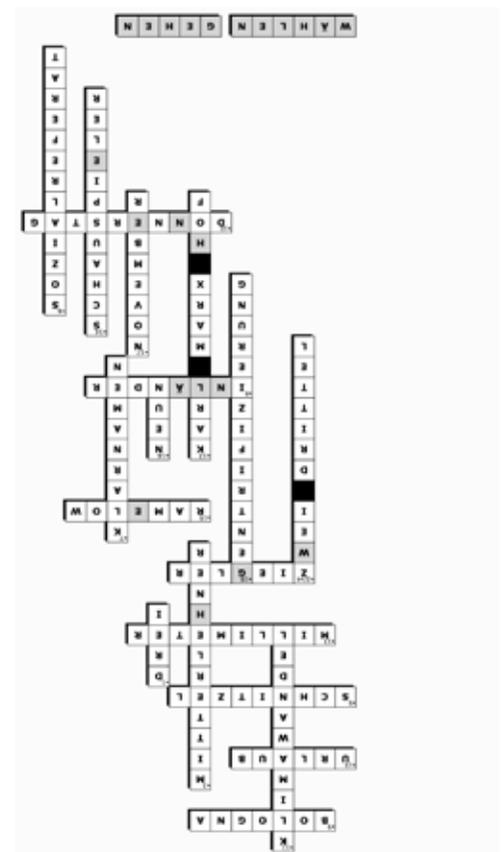
Da diese Ausgabe nicht nur die letzte dieser ÖH-Generation, sondern auch die letzte vor den Sommerferien sein wird, gibt es noch ein bisschen Rätselspaß für die Zeit am Strand, See oder im Garten, die ihr hoffentlich nach den anstrengenden Prüfungen mit unserem Heft verbringen könnt. Genaue Leser_innen sind bei diesem Kreuzworträtsel durchaus im Vorteil.



Fragen

1. Auf wievielen Ebenen kannst du bei der ÖH-Wahl wählen?
2. Wie viele Studierende arbeiten neben der Uni?
3. Nachname des Vorgängers von Heinz Faßmann.
4. Name eines bekannten Globalisierungskritikers
5. Lieblingsgericht der Redaktion
6. ÖH-Abteilung mit großen Erfolgen
7. Wenn dich jemand fragt, wie viele ECTS, sag ...
8. Es ist wieder ...
9. Womit du dich zukünftig einloggst
10. Komm mal Rum, wir gehen ins Kino
11. Trump und Strache wollen beide nicht daran glauben
12. Gemeindebau in Wien, benannt nach einem Ex-Journalisten
13. Maßeinheit, in der nicht zurückgewichen wird, wenn es um Frauenrechte geht
14. Früherer Job des ukrainischen Präsidenten
15. LINKER Politiker, der sich die Heimat nicht wegnehmen lässt
16. Kandidierende Fraktionen bei der ÖH-Wahl
17. Bis zum Ende dieses Monats gelten erbrachte Studienleistungen für die Familienbeihilfe
18. Wenn es im Arbeiter_innenbezirk plötzlich veganes Gulasch gibt
19. Brauchen die ÖH-Fraktionen ab 30. Mai unbedingt

Lösung



Die ÖH spricht mit deiner Stimme

Lass sie zählen!



ÖH Wahl 27.–29. Mai 2019

#voteitoutloud #oeh19 wahl2019.oeh.ac.at

 /bundesoe

 /bundesoe

 @BundesOeh